

Buch, Claudia M. et al.

Working Paper — Digitized Version

Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus: Sonderweg wird immer mehr zum Leidensweg

Kieler Diskussionsbeiträge, No. 354

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Buch, Claudia M. et al. (1999) : Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus: Sonderweg wird immer mehr zum Leidensweg, Kieler Diskussionsbeiträge, No. 354, ISBN 3894562021, Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/2340>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Deutsches Institut für
Wirtschaftsforschung, Berlin

Institut für
Wirtschaftsforschung Halle

Institut für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel

Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus

Sonderweg wird immer mehr zum Leidensweg

371 340 446

Inhalt

I. Produktion, Investitionen, Preise	3
II. Arbeitsmarkt	7
III. Einkommen der privaten Haushalte	9
IV. Öffentliche Haushalte	12
V. Geldpolitik	15
VI. Wechselkurspolitik	17
VII. Außenwirtschaft	18
VIII. Ordnungspolitik	20
IX. Zusammenfassung	22
Literaturverzeichnis	24

Dieser Bericht wurde am 5. November 1999 abgeschlossen. Vom Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel haben Claudia M. Buch und Ralph P. Heinrich und mitgewirkt, vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung Hella Engerer, Maria Lodahl, Wolfram Schrettl und Mechthild Schrooten und vom Institut für Wirtschaftsforschung Halle Hubert Gabrisch und Peter Sigmund. Der Bericht wird auch im DIW-Wochenbericht 48/99 und in der IWH-Forschungsreihe veröffentlicht.

I. Produktion, Investitionen, Preise

Es kann bezweifelt werden, daß die offiziellen Zahlen¹ zur wirtschaftlichen Entwicklung der Republik Belarus angesichts der starken administrativen Eingriffe in die Preis- und Wechselkursbildung ein realistisches Bild der Zustände liefern. Zwar sind Verzerrungen quantitativ nicht zuverlässig zu bestimmen, dennoch genügt schon ein Blick auf die zeitliche Entwicklung der offiziellen Wachstumsraten, um einen Eindruck vom Ausmaß der Probleme zu gewinnen. Die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts (BIP) betrug nach den letzten verfügbaren Angaben im Jahr 1999 (Januar bis August) nur mehr 1,5 vH, nachdem sie in der ersten Jahreshälfte 1998 noch deutlich über 10 vH gelegen hatte (Tabelle 1). Das zeitliche Zusammentreffen mit dem Ausbruch der russischen Finanzkrise läßt keinen Zweifel zu, daß dadurch die hausgemachten Probleme in Belarus drastisch verschärft wurden.

Wesentliche Dimensionen der weißrussischen Wirtschaftsprobleme zeigt eine Betrachtung der offiziellen Zahlenangaben zur Verwendungsseite des BIP. Der private Verbrauch (gemessen am realen Einzelhandelsumsatz), der noch im ersten Halbjahr 1998 mit einer Jahresrate von über 40 vH zugenommen hatte, wuchs im Jahr 1999 praktisch nicht mehr (0,2 vH, Januar bis August 1999 gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode). Ebenso drastisch stellt sich die Entwicklung bei der Investitionstätigkeit dar (vgl. Tabelle 2 zur Investitionsentwicklung in einzelnen Sektoren). Die Bruttoanlageinvestitionen gingen im laufenden Jahr um 3 vH zurück; im Gesamtjahr 1998 hatte es noch einen Zuwachs um 25 vH gegeben. Vom Staatsverbrauch und von den Lagerinvestitionen ist nach den verfügbaren Informationen insgesamt kein identifizierbarer Wachstumsimpuls ausgegangen. Es muß jedoch neuerlich daran erinnert werden, daß präsidial gelenkte Kredite der Notenbank an industrielle und landwirtschaftliche Betriebe ein entscheidender Hebel staatlichen Einflusses auf die Wirtschaftsaktivität darstellen und damit der Staatshaushalt umgangen wird.

Die drastische Verringerung des Defizits im Außenhandel trug entscheidend dazu bei, daß die negative Entwicklung bei den inländischen Verwendungskategorien nicht voll auf das BIP durchschlagen konnte. Fast drei Viertel des Vorjahresdefizits von knapp 1 Mrd. US-Dollar konnten 1999 abgebaut werden (jeweils Januar bis Juli). Bemerkenswert dabei ist, daß dieser Erfolg nicht wie im Falle Rußlands

Tabelle 1: Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren 1990–1999 (Veränderungen gegenüber dem Vorjahr bzw. Anteile in vH)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999 Jan.–Aug.
Bruttoinlandsprodukt ^a	.	-1	-10	-8	-13	-10	3	11	8,3	1,5
Industrieproduktion ^a	2,1	-1,0	-9,4	-10,0	-17,1	-11,7	3,5	18,8	11	6,6
Agrarproduktion ^a	-8,7	-4,9	-8,5	3,7	-14,4	-4,7	2,4	-4,9	-0,4	-10,2
Bruttoanlageinvestitionen ^a	9	4	-29	-15	-11	-31	-5	20	25	-3
Gütertransportvolumen ^b	-3	-6	-25	-30	-36	-26	-19	7	6,0	-3,3
Beschäftigte	1	-3	-3	-1	-3	-6	-1	0	0,5	-1,6
Einzelhandelsumsatz ^a	15	-8	-22	-14	-10	-23	31	18	21	0,2
Nominale Geldeinkommen pro Kopf	18	94	754	1 393	2 008	497	80	74	108	280
Nominallöhne	16	101	838	1 107	1 504	669	61	88	104	284
Reallöhne	14	4	-12	-7	-31	-5	5	14	18	-1,9
Verbraucherpreise										
Jahresdurchschnitt	5	94	971	1 190	2 221	709	53	64	73	-
Dezember zu Dezember	.	.	.	1 997	1 960	244	39	63	182	206 ^c
Industrielle Erzeugerpreise										
Jahresdurchschnitt	.	165	531	1 787	1 916	499	32	89	70	-
Dezember zu Dezember	.	238	4 091	3 868	1 857	140	29	90	196	265 ^c
Arbeitslosenquote am Periodenende	.	0,1	0,5	1,4	2,1	2,7	3,9	2,8	2,3	2,1

^aReal. — ^bAuf Tonnenbasis. — ^cDezember 1999 hochgerechnet auf Basis von Januar–August.

Quelle: Minstat (1997a: 5, 57, 169; 1998b; 1999a: 114).

¹ Soweit nicht anders vermerkt, sind die nachfolgenden Zahlenangaben den Veröffentlichungen des Ministeriums für Statistik und Analyse (Minstat) der Republik Belarus entnommen.

Tabelle 2: Investitionsentwicklung in konstanten Preisen 1990–1999 (Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999 Januar bis Juni
Investitionen insgesamt	9	4	-29	-15	-11	-31	-5	20	25	-4
<i>Produzierender Bereich</i>	5	4	-40	-13	-10	-29	2	14	25	-9
Industrie	2	6	-29	-11	12	-36	0	19	41	-6
Landwirtschaft	8	-5	-51	-31	-46	-34	-16	1	34	-10
Bauwirtschaft	2	27	-54	-12	-20	-47	-32	23	43	-24
Transport	3	39	-27	7	-24	0	0	23	95	-12
Nachrichtenwesen	0	-17	-58	37	-5	100	81	-20	-21	
Handel und Gaststätten	12	-8	-43	-3	81	-62	19	15	59	-17
Materialversorgung und Absatz	38	-27	-38	48	-24	-15	27	71	8	3
<i>Nichtproduzierender Bereich</i>	16	4	-7	-16	-12	-33	-14	29	24	5
Wohnungsbau	13	10	-11	-19	-10	-44	-5	42	27	10
Kommunalwirtschaft	20	18	-1	-8	-27	-19	-12	8	17	-23
Gesundheitswesen, Sport, soziale Sicherung	8	27	23	-22	-12	-16	-30	28	13	31
Bildungswesen	-9	-3	-4	-12	-13	-58	-1	26	11	-12
Kultur und Kunst	-6	6	-37	-13	-25	-29	-24	21	88	
Wissenschaft	6	-41	-65	-15	-24	-23	-65	150	-13	-35
Finanzsektor, Banken, Versicherungen					138	28	-41	-27	39	115

Quelle: Minstat (1996: 159, 164 f.; 1997d: 162, 166; 1998b: 144 ff.; 1999b: 144 ff.).

ausschließlich durch Importkürzungen erzielt wurde, sondern auch durch eine beträchtliche Steigerung der Exporte in den Nicht-GUS-Raum; im Handel mit dieser Ländergruppe ging das Defizit von 855 Mill. US-Dollar auf nur mehr 16 Mill. US-Dollar zurück (vgl. Abschnitt Außenwirtschaft).

Der private Verbrauch und die Investitionen zeigen differenzierte Entwicklungen. Hinter der Stagnation des Einzelhandelsumsatzes verbergen sich zwei Komponenten. Der statistisch erfaßte Einzelhandelsumsatz ging im Berichtszeitraum deutlich zurück (-3,5 vH). Wenn dennoch der gesamte Einzelhandelsumsatz leicht zulegte (0,2 vH), so liegt dies daran, daß ein großer Teil des Handels zwar von der offiziellen Statistik nicht erfaßt, dafür aber von ihr geschätzt wird. Für diesen geschätzten Handel wird eine Zuwachsrate von 10,5 vH angegeben; sein Umfang beträgt nicht weniger als 41 vH des erfaßten Handels. Es bleibt daher festzuhalten, daß die Angaben zur Entwicklung der größten Verwendungskategorie des BIP ganz wesentlich auf zwar nicht notwendigerweise unplausiblen, jedoch auf jeden Fall schwer überprüfbar Schätzungen beruhen.

Hinter dem Rückgang der gesamten Bruttoanlageinvestitionen um 3 vH verbergen sich ebenfalls zwei gegenläufige Bewegungen. Die Investitionen in Maschinen und Ausrüstungen gingen um 24 vH zurück, zugleich nahmen die Bauinvestitionen um 7 vH zu. Im Zuge dieser Entwicklung sank der Anteil der Maschineninvestitionen an den Gesamtinvestitionen auf zuletzt 25 vH (von 32 vH in der entsprechenden Vorjahresperiode). Eine gegenläufige Entwicklung ergibt sich auch bei „produktiven“ (produktionsrelevanten) und „nichtproduktiven“ Investitionen. Während bei den produktiven Investitionen ein Rückgang um 12 vH zu verzeichnen war, wuchsen die nichtproduktiven Investitionen weiter kräftig mit 9 vH. Eine Betrachtung der Investitionstätigkeit nach Sektoren und Branchen zeigt, daß 1999 nur noch die Wohnungsbauinvestitionen sowohl expansiv als auch von Gewicht waren. Im Vorjahr dagegen galt dies zusätzlich für die Investitionen in der Industrie und im Transportsektor. Auffallend ist schließlich auch der unterschiedliche Beginn der Wachstumseinbrüche bei den Investitionen und beim privaten Verbrauch. Während der private Verbrauch bereits im IV. Quartal 1998 einbrach (-3 vH gegenüber dem Vorjahresquartal, nach 34 vH im III. Quartal), expandierten die Investitionen noch bis Jahresende 1998 äußerst kräftig (24 vH im IV. Quartal 1998), um erst mit dem I. Quartal 1999 zu kollabieren (-4 vH). Dies erscheint als ein Versuch, die Investitionstätigkeit trotz drastisch verschlechterter wirtschaftlicher Gesamtlage auf Kosten des Konsums aufrechtzuerhalten.

Die Entstehungsseite des BIP zeigt zunächst, daß die Entwicklung der industriellen Produktion (7 vH) eine wesentliche Stütze des gesamtwirtschaftlichen Wachstums war (Tabelle 3). Demgegenüber ging die landwirtschaftliche Produktion stark zurück (-10 vH), vor allem die Erzeugung von Getreide (-26 vH), aber auch von Fleisch, Milch und Milchprodukten. Die Leistung des Transportsektors ging ebenfalls zurück (3 vH beim Transportvolumen bzw. -2 vH in t/km).

Tabelle 3: Industrieproduktion nach Zweigen 1990–1999 (Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999 Jan.–Aug.
<i>Industrie insgesamt</i> ^a	2	-1	-9	-10	-17	-12	4	19	11	6,6
Elektrizitätswirtschaft	3	1	-3	-11	-11	-16	-2	6	-8	9,3
Brennstoffindustrie	-2	-5	-43	-37	-45	11	-5	-1	1	11,3
Eisen- und Stahlindustrie	9	13	-14	-14	-13	-1	23	35	15	-0,3
Maschinenbau und Metallverarbeitung	3	5	-7	3	-14	-20	2	26	13	8,7
Chemie und Petrochemie	0	-7	-15	-12	-17	9	7	19	6	1,3
Holz-, Holzverarbeitungs-, Zellstoff- und Papierindustrie	2	7	-7	-3	-13	-10	14	35	21	11,2
Baustoffindustrie	2	5	-11	-24	-29	-21	-4	26	14	0
Leichtindustrie	0	1	1	2	-23	-34	12	27	22	4,6
Nahrungsmittelindustrie	2	-9	-18	0	-6	-13	6	21	19	9,3

^aOhne Kleinunternehmen, Genossenschaften, Joint Ventures und industrielle Nebenbetriebe anderer Wirtschaftszweige.

Quelle: Minstat (1997d: 108 ff.; 1998b: 32 ff.; 1999a: 13).

Innerhalb der Industrie stellt sich die Entwicklung in den einzelnen Zweigen, in der Reihenfolge ihres Anteils an der industriellen Gesamtproduktion, wie folgt dar: Im Bereich Maschinenbau und Metallverarbeitung stieg die Produktion auch im Jahr 1999 außerordentlich kräftig (9 vH). Da auf diese Branche ein Viertel der Industrieproduktion entfällt, ging von ihr der bei weitem stärkste Wachstumsimpuls für den Gesamtsektor aus. Allerdings weisen unter den statistisch aufgeführten Produktkategorien nur Kugellager, Motorräder, Fahrräder und Entsafter eine deutliche Produktionszunahme auf. Alle anderen Produktkategorien stagnieren oder verzeichnen starke Produktionsrückgänge. Dies gilt vor allem für die traditionell gewichtigen Bereiche Lastkraftwagen, Busse, Traktoren und Mähdrescher. In der chemischen und petrochemischen Industrie, die zuletzt knapp 15 vH der Industrieproduktion erzeugte, ist ebenfalls ein gewisser Kontrast zwischen der leichten Zunahme der Gesamtproduktion (1 vH) und dem starken Rückgang bei der traditionell gewichtigen Reifenherstellung zu verzeichnen (-9 vH, bei Pkw-Reifen sogar -15 vH). Die Nahrungsmittelindustrie, deren Anteil an der Industrieproduktion etwa dem der chemischen und petrochemischen Industrie entspricht, weist eine deutlich gespaltene Entwicklung auf. Zwar wuchs die Erzeugung noch kräftig (9 vH), wenngleich ebenfalls deutlich geringer als im Vorjahr (19 vH). Davon blieben jedoch höherwertige Lebensmittel ausgenommen (Fleisch: -10 vH, Wurst: -13 vH, Butter: -17 vH); bei einfachen Grundnahrungsmitteln und auch Genußgütern stieg dagegen die Erzeugung (Pflanzenfett: 52 vH, Brot: 4 vH; Wodka: 4 vH, Zigaretten: 22 vH).

Nur zwei Industriezweige, die Brennstoffindustrie und die Elektrizitätswirtschaft, blieben von den allgemeinen, mehr oder weniger drastischen Wachstumsrückgängen ausgenommen. Die um gut 20 vH gestiegenen Erdölimporte (ausschließlich aus Rußland) erlaubten eine Zunahme der Erdölverarbeitung um gut 11 vH. Allerdings bleibt die verarbeitete Menge von 8,3 Mill. t weit hinter der früheren, aber mittlerweile möglicherweise nicht mehr voll funktionsfähigen Kapazität von 40 Mill. t zurück. Auffallend ist, daß es trotz der deutlich höheren Produktion zu starken Versorgungsengpässen bei Benzin kam, bei zugleich extremen Benzinpreissteigerungen (vgl. Abschnitt Preise). Es ist zu vermuten, daß die erzeugten Erdölprodukte zur Steigerung der Hartwährungseinnahmen in den Export gingen und so dem Binnenmarkt nicht zur Verfügung standen. Allerdings dürfte ein Teil des importierten Erdöls, wie auch der erhöhten Importmengen bei Erdgas, zur Stromerzeugung verwendet worden sein (9 vH, nach -8 vH im Jahr 1998). Entsprechend gingen die Stromimporte aus dem Nicht-GUS-Raum um 61 vH zurück. Bekanntlich hat Litauen die Stromlieferungen wegen nicht beglichener Altforderungen reduziert bzw. eingestellt.²

² Eine auffallend gegenläufige Entwicklung ist bei Steinkohle zu beobachten: Die Importe aus Rußland, dem Hauptlieferland, sanken um 61 vH (Januar bis Juli 1999 gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode). Die gesamten Kohleimporte gingen um fast die Hälfte zurück (-48 vH). Zugleich jedoch weist die amtliche Statistik eine Zunahme der *Trans-*

Die Verteilungsseite des BIP (vgl. Abschnitt Einkommen der privaten Haushalte) zeigt sehr starke Bewegungen bzw. Verschiebungen. Nach einer Periode kräftiger Zuwächse stagnierten die Reallöhne ab dem III. Quartal 1998, um dann im IV. Quartal 1998 und im I. Quartal 1999 stark zu fallen (-13 vH bzw. -5 vH). Bereits im II. Quartal 1999 zogen die Reallöhne wieder extrem an (24 vH). Bei den Transferzahlungen (vor allem Renten) scheint die Entwicklung verzögert verlaufen zu sein. Die Renten stiegen im III. Quartal 1998 noch stark an (20 vH) und fielen seither in allen Quartalen mit zweistelligen Raten (-17 vH, -28 vH, -12 vH); im Juli 1999 kam es dann gegenüber dem Vormonat zu einem deutlichen Anstieg (26 vH).

Die Preisentwicklung im Jahr 1999 ist wieder von extrem hoher Instabilität gekennzeichnet (Tabelle 4). Auf Jahresbasis betrug die Steigerungsrate der Verbrauchsgüterpreise über 200 vH und lag damit weit jenseits einer Grenze, bis zu der geordnete marktwirtschaftliche Abläufe erfahrungsgemäß möglich sind. Es ist auch keine nennenswerte Absenkungstendenz der monatlichen Preissteigerungsrate zu beobachten. Im August 1999 betrug die monatliche Rate noch über 7 vH. Damit ist zwar gegenüber dem Spitzenwert vom November 1998 (25 vH), zu dem es im Gefolge der eigenen und der russischen Währungskrise kam, eine Beruhigung erkennbar, die jedoch zum einen bei weitem nicht ausreicht und zum anderen sich durch die zuletzt beobachtbaren starken Einkommenssteigerungen rasch wieder in ihr Gegenteil verkehren kann. Bei der Preisentwicklung für einzelne Gütergruppen sticht die drastische Steigerung der Benzinpreise hervor (760 vH auf Jahresbasis). Bei den Nahrungsmitteln ergibt sich eine deutliche Differenzierung zwischen einfachen Grundnahrungsmitteln, deren Preise unterdurchschnittlich stiegen, und höherwertigen Lebensmitteln, deren Preise sehr kräftig zulegten (z.B. Butter um 380 vH auf Jahresbasis). Die Preise für Dienstleistungen stiegen unterdurchschnittlich, wobei vor allem die ausbleibende bzw. verspätete Anpassung bei den Mieten (Steigerungsrate auf Jahresbasis mit 117 vH vergleichsweise gering) auffällt. Die Wohnnebenkosten stiegen zwar etwas deutlicher, aber immer noch unterdurchschnittlich.

Die industriellen Erzeugerpreise zogen stärker an als die Verbraucherpreise. Dies gilt vor allem für die Investitionsgüterpreise (Jahresrate von 294 vH). Die Stromtarife für industrielle Verbraucher stiegen überdurchschnittlich, die Posttarife dagegen nur sehr gering (61 vH).

Besonderes Gewicht hat die Entwicklung der Preise im Außenhandel. Es kam zu einem Preisrückgang um 30 vH, so daß trotz einer realen Exportsteigerung von 12 vH die Exporterlöse in US-Dollar um 22 vH schrumpften. Die Preise für Exporte nach Rußland gingen sogar um 35 vH zurück.

Tabelle 4: Monatliche Preisentwicklung 1994–1999 (Veränderungen gegenüber Vormonat in vH)

	Verbraucherpreise						Industrielle Erzeugerpreise					
	1994	1995	1996	1997	1998	1999	1994	1995	1996	1997	1998	1999
Januar	40,7	39,2	5,6	13,3	3,9	16,6	24,3	44,4	4,0	18,5	3,7	29,1
Februar	18,7	33,7	4,0	6,6	3,1	13,7	17,4	13,2	0,3	15,4	3,8	18,2
März	10,2	20,0	2,0	2,3	3,3	12,1	11,9	9,5	1,1	5,3	2,7	15,0
April	28,6	14,5	1,5	4,3	3,8	7,4	37,0	7,5	1,6	7,0	2,3	6,2
Mai	28,7	3,4	0,6	5,0	3,4	8,9	32,4	1,7	0,4	5,9	3	6,7
Juni	19,5	2,5	2,3	4,5	2,7	7,1	22,0	1,3	2,1	2,5	3,5	4,7
Juli	26,6	5,2	2,0	1,4	2,8	6,0	17,5	2,4	1,7	2,3	4,9	5,9
August	53,4	3,0	1,3	1,0	3,8	7,1	42,5	5,2	3,5	1,4	6,3	.
September	25,5	5,2	1,8	5,0	17,6	.	41,1	5,0	2,1	2,3	10,7	.
Oktober	25,7	3,4	1,3	3,2	21,0	.	41,6	2,1	1,6	2,4	12,4	.
November	40,5	3,7	3,9	1,8	25,0	.	28,4	2,7	2,2	2,4	22,4	.
Dezember	31,3	3,9	7,4	2,3	21,7	.	26,4	2,2	5,5	2,6	44,5	.

Quelle: Minstat (1996: 193, 217; 1997d: 205, 229; 1998b: 185, 209; 1999b: 185, 209).

porte von Steinkohle um nicht weniger als 67 vH aus (Januar bis August 1999 gegenüber der Vorjahresperiode). Es ist kaum vorstellbar, daß die um einen Monat differierende Periodenabgrenzung den Unterschied erklären kann.

II. Arbeitsmarkt

Die Zahl der Beschäftigten lag Ende Juli 1999 um 0,9 vH (40 000 Personen) über dem Wert vom entsprechenden Vorjahresmonat (Tabelle 5). Im gleichen Zeitraum sank die Anzahl der registrierten Arbeitslosen von 103 400 auf 95 400 Personen und damit weniger stark, als die Beschäftigung zunahm. Die Arbeitslosenquote der bei den Arbeitsämtern registrierten Arbeitslosen ist von 2,3 vH im Juli 1998 auf nunmehr 2,1 vH zurückgegangen. Die hohe Anzahl der Beschäftigten und die Arbeitslosenquote von etwas mehr als 2 vH würde in einer funktionierenden Marktwirtschaft Hochkonjunktur widerspiegeln. In Belarus dagegen ist der Anstieg der Beschäftigung bei hohem Beschäftigungsniveau und starker Abschwächung des Wirtschaftswachstums ein weiteres Indiz für das Fehlen marktwirtschaftlicher Mechanismen.

Tabelle 5: Entwicklung des Arbeitsmarktes 1995–1999 (Angaben für das Ende einer Periode)

	1995	1996	1997	1998	Juli 1998	Juli 1999
Beschäftigte (in Tausend) ^a	4 409,6	4 364,8	4 369,9	4 390,0	4 243,5	4 283,3
Arbeitslose (in Tausend)	131,0	182,5	126,2	105,9	103,4	95,4
Arbeitslosenquote (in vH)	2,7	3,9	2,8	2,3	2,3	2,1
Offene Stellen (in Tausend)	11,3	15,8	29,4	30,3	48,9	52,0

^aFür 1995–1998 jeweils Jahresdurchschnitt.

Quelle: Minstat (1997b: 61, 65 ff.; 1999b: 61, 65 ff.).

Gleichwohl spiegeln sich die gesunkenen Wachstumsraten der volkswirtschaftlichen Gesamtleistung auch, wenn auch nur schwach, in der Entwicklung der Beschäftigung wider. Seit Februar 1999 ist ein Beschäftigungsrückgang zu beobachten.

Tabelle 6: Entwicklung der Beschäftigung

	Beschäftigte in Tausend	Entwicklung der Beschäftigten in vH zur Vorperiode			Sektorale Struktur der Beschäftigung	
		Juli 1999	1998 zu 1997	Juli 1999 zu Juli 1998	Juli 1999 zu Dezember 1998	1990
<i>Insgesamt</i>	4 283,3	100,5	100,9	99,8	100	100
Industrie	1 253,5	100,5	100,9	100,1	30,9	27,6
Landwirtschaft (einschl. Kolchosen)	716,6	97,9	95,1	98,2	19,1	16,4
Forstwirtschaft	30,3	102,2	106,3	107,4	0,4	0,6
Transportgewerbe	255,3	101,7	100,9	100,5	6,0	5,8
Post/Fernmeldewesen	63,6	101,0	101,0	100,8	1,1	1,3
Baugewerbe	317,8	100,4	99,9	99,4	11,1	7,1
Handel und Gaststätten	360,5	100,7	107,6	100,4	6,4	9,7
Großhandel (materiell-technische Versorgung)	40,6	101,3	102,5	102,0	1,0	0,9
Wohnungswesen, hauswirtschaftliche Dienstleistungen	158,2	102,2	106,7	101,9	2,9	4,6
Gesundheits- und Sozialwesen	316,2	102,3	103,1	101,0	5,2	7,2
darunter: Gesundheitswesen	266,1	101,6	101,6	99,4	4,4	6,0
Bildungswesen	434,8	101,6	103,3	98,2	8,4	10,2
Kultur	58,6	99,5	102,6	99,5	1,1	1,3
Kunst	11,9	101,6	100,8	97,5	0,3	0,3
Wissenschaft	44,6	98,2	97,0	99,6	2,0	1,0
Bankgewerbe	58,5	104,5	105,0	103,0	0,6	1,2
Staatliche Verwaltung	72,5	101,7	103,9	102,5	1,0	1,6

Quelle: Minstat (1999b: 61 ff.).

Bereits in den Vorjahren begonnene Strukturveränderungen zugunsten des tertiären Bereichs setzten sich abgeschwächt fort. Die stärksten Beschäftigungszugänge waren im Vergleich zwischen Juli 1999 und Juli 1998 im Handel (8 vH), im Wohnungswesen (7 vH), in der Forstwirtschaft (6 vH) und im Bankgewerbe (5 vH) zu verzeichnen. Ein Beschäftigungsrückgang war aber in der Landwirtschaft (-5 vH) und in der Wissenschaft (-3 vH) festzustellen (Tabelle 6). Gegenüber Dezember 1998 zeigt sich ein Rückgang der Beschäftigung in einem Teil der aus öffentlichen Haushalten finanzierten Bereiche und weitere Zugänge in der Forstwirtschaft. Niedrige Löhne und dauernde Lohnrückstände in der Mehrzahl der landwirtschaftlichen Unternehmen dürften die Hauptursache für den beständigen Personalarückgang in der Landwirtschaft sein. Zur Beseitigung des Arbeitskräftemangels in der Landwirtschaft unterstützen die Arbeitsämter die Arbeitsaufnahme durch finanzielle Beihilfen zur Umsiedlung der Familien.

Ähnlich wie in Rußland erfassen die Arbeitsämter in Belarus nur einen geringen Teil der Arbeitssuchenden. Geringe Arbeitslosenunterstützung und geringe Aussichten auf anderweitige Unterstützungen geben wenig Anreize, sich bei den Arbeitsämtern registrieren zu lassen. Von den 96 900 registrierten Arbeitslosen im Monat Juni 1999 erhielten nur 39 600 Personen Arbeitslosenunterstützung, die lediglich 7 vH des Durchschnittslohnes bzw. 13,6 vH des offiziell festgelegten Existenzminimums entsprach. Nach der ILO-Methodik³ wurde zum Jahresanfang 1999 eine Arbeitslosenquote von 7,2 vH gegenüber 8,7 vH zu Beginn des Jahres 1997 ermittelt.

Das Angebot offener Stellen entsprach 1999 im saisonalen Verlauf und im Umfang der Situation des Vergleichszeitraumes 1998. Im Januar 1999 entfielen auf eine offene Stelle 3,3 Arbeitslose (Januar 1998: 3,8) während es im Juli nur noch 1,8 waren (Juli 1998: 2,1). Der größte Teil der Arbeitssuchenden bemühte sich selbständig um eine Arbeitsstelle, etwa ein Viertel der Arbeitsaufnahmen wurde von den Arbeitsämtern vermittelt. In den ersten acht Monaten konnten die Arbeitsämter 44 vH der registrierten Arbeitslosen wieder zu einer Arbeitsstelle verhelfen.

Zur Bekämpfung der sehr geringen offiziellen Arbeitslosigkeit wurde im Rahmen des Beschäftigungsprogrammes eine Reihe arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen durchgeführt. Umschulungen und Qualifizierungsmaßnahmen sollen die Jugendarbeitslosigkeit (Arbeitslose im Alter von 16–29 Jahren) und den Anteil der Langzeitarbeitslosen (länger als ein Jahr als Arbeitsloser registriert) senken. 1998 nahmen an derartigen Maßnahmen 27 100 Arbeitslose, im ersten Halbjahr 15 400 Arbeitslose teil, von denen mehr als die Hälfte einen neuen Arbeitsplatz fanden. Außerdem wurden staatliche Unternehmen und regionale Verwaltungen verpflichtet, für Absolventen staatlicher Bildungseinrichtungen und für aus der Armee Entlassene Arbeitsplätze bereitzustellen, um ihnen den Eintritt ins Arbeitsleben zu ermöglichen.⁴ Im vorigen Jahr wurden insgesamt 18 000 derartiger Arbeitsplätze besetzt. Für arbeitslose Schulabgänger und Berufsschüler sind von Unternehmen und Arbeitsämtern Ausbildungsplätze zu schaffen.⁵ Für Arbeitssuchende, die aus bestimmten Gründen nicht in der Lage sind, auf dem Arbeitsmarkt zu konkurrieren, sind von den Unternehmen ebenfalls Arbeitsplätze anzubieten. Entstehende Kosten werden den Unternehmen von den Arbeitsämtern erstattet. Auch im Zusammenhang mit der Umstrukturierung von Unternehmen werden von den Arbeitsämtern die Kosten für die Umschulung freigesetzter Arbeitskräfte übernommen.⁶ Mit Hilfe von Subventionen der Arbeitsämter bzw. Vorzugskrediten nahmen 1 660 Arbeitslose eine selbständige Tätigkeit auf.

³ Nach der Methodik der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) wird als arbeitslos erfaßt, wer in der untersuchten Periode nicht erwerbstätig war, aktiv Arbeit suchte oder eine selbständige Tätigkeit vorbereitete und bereit war, die Arbeit in einer bestimmten Frist aufzunehmen (OECD 1997: 8 ff.). Die Zahl der Erwerbspersonen ergibt sich aus der Addition der Zahl der Erwerbstätigen und der Zahl der Arbeitslosen.

⁴ Postanovlenie Soveta Ministrov Respubliki Belarus' ot 27 marta 1998: „Položenie o porjadke i uslovijach predstavlenija pervogo rabočego mesta vypusknikam gosudarstvennych vysšich, srednich special'nych i professional'no-techničeskich učebnych zavedenij, a takže voennoslužbaščim sročnoj služby, uvolennym iz Vooružennych Sil Respubliki Belarus'“ und „Porjadok ustanovlenija predprijatijam i organizacijam broni dlja predstavlenija pervogo rabočego mesta vypusknikam gosudarstvennych učebnych zavedenij“.

⁵ Ministerstvo truda: „Položenie ob organizacii vremennoj zanjatosti bezrabortnoj molodeži — Molodežnaja praktika —“ ot 16 ijulja 1998 g.

⁶ Ministerstvo truda: „Položenie o porjadke i uslovijach kompensacii organami gosudarstvennoj služby zanjatosti zatrat nanimateljam na professional'noe obučenie i pereobučenie rabotnikov“, ot 21 aprilja 1999 g.

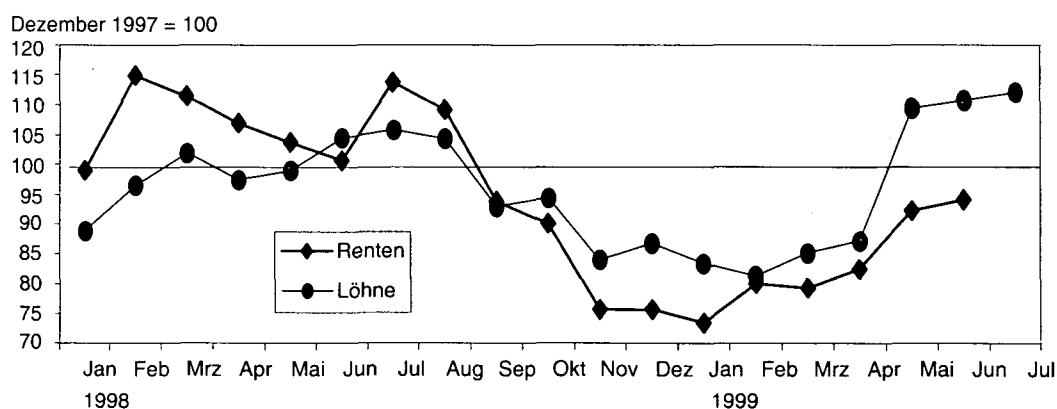
Neben der registrierten Arbeitslosigkeit wurde weiterhin eine verdeckte Arbeitslosigkeit in Form betriebsbedingter Teilzeitarbeit bzw. eines angeordneten Urlaubs registriert. In den ersten 5 Monaten dieses Jahres waren davon etwa 132 500 Beschäftigte (3,4 vH der Gesamtbeschäftigten) betroffen. Die Teilzeitarbeit betrug je Betroffenen im Zeitraum Januar bis Mai 71 Stunden, der angeordnete Urlaub betrug 13 Arbeitstage. Beides entsprach etwa dem Niveau im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Etwa 41 vH der von Zwangsurlaub betroffenen Personen erhielten keinerlei Entgelt.

III. Einkommen der privaten Haushalte

Die verfügbaren Geldeinkommen gingen im Zeitraum Januar bis Juli 1999 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um -3 vH zurück. Der Reallohn sank in den ersten sieben Monaten trotz einer 25prozentigen Lohnsteigerung im Monat Mai gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 1,9 vH, wobei allerdings ab Mai 1999 der Reallohn das Niveau der entsprechenden Vorjahresmonate wieder übersteigt (Schaubild 1). Die Bezieher von Renten mußten im 1. Halbjahr gegenüber dem 1. Halbjahr 1998 sogar Realeinkommensverluste von 19 vH hinnehmen, während die Einkommen aus selbständiger Tätigkeit und die sonstigen Einkommen einen realen Zuwachs von 12 vH erfuhren. Wie bislang versuchte die belarussische Regierung, durch eine gestaffelte Indexierung der niedrigen Einkommen die Folgen einer monatlichen Inflation von über 5 vH zu mildern. Die regelmäßige Indexierung der aus den öffentlichen Haushalten bezogenen Einkommen (Sozialrenten, Unterstützungen, Stipendien u.ä.) wurden verbindlich festgelegt, andere Einkommen waren auf der Grundlage der Kollektivverträge den geltenden Regeln anzupassen. Die Altersrenten wurden in Abhängigkeit von den nominal gestiegenen Durchschnittslöhnen in Abständen neu festgelegt. Die Erhöhung der Mindestlöhne, der Grundlöhne in den aus den öffentlichen Haushalten finanzierten Sektoren (Geltungsbereich des Einheitlichen Tarifsystems) und der unteren Tarifgruppen dieses Bereiches wurden durch Regierungsverordnungen im Mai und im Oktober 1999 neu bestimmt (*NEG 1999c; Nacional'naja ekonomičeskaja gazeta* Nr. 24 aus 1999 und Nr. 18 aus 1999). Die Veränderung der Mindest- und Grundlöhne und der unteren Tarifgruppen führte im Mai 1999 zu einer sprunghaften Erhöhung der Reallöhne.

Die unterschiedliche Entwicklung der Einkommensarten spiegelt eine Änderung der Quellenstruktur der Geldeinkommen wider. Der Anteil der Löhne und der Einkommen aus Vermögen, selbständiger Tätigkeit und aus dem Finanzsystem (z.B. Kredite) erhöhte sich gegenüber dem 1. Halbjahr des Vorjahres, während der Anteil der Transfereinkommen zurückging (Tabelle 7).

Schaubild 1: Entwicklung der realen Löhne und Renten 1998–1999



Quelle: Arbeitsunterlagen der Institute.

Tabelle 7: Struktur der Geldeinkommen der privaten Haushalte 1997–1999 (vH)

	1998	1. Halbjahr 1997	1. Halbjahr 1998	1. Halbjahr 1999
<i>Herkunft der Geldeinkommen</i>	100	100	100	100
Lohn	49,9	49,5	54,5	56,8
Soziale Transfers	16,8	17	20,1	16,5
Einkommen aus Vermögen, selbständiger Tätigkeit und aus dem Finanzsystem	33,3	33,5	25,4	26,7
<i>Verwendung der Geldeinkommen</i>	100	100	100	100
Kauf von Waren und Dienstleistungen	79,4	73,5	81,0	85,6
Steuern und Beiträge	9,6	6,6	9,8	8,0
Sparen (alle Formen)	11,0	19,1	9,2	6,4

Quelle: Minstat (1998a: 119); NEG (1999a: 13, 14; 1999b).

Bei der Verwendung der Geldeinkommen stieg der Konsumanteil auf 85,6 vH. Dies zeugt von einem sinkenden Einkommensniveau, das zu einer zunehmenden Verwendung für den Konsum zwingt. Gleichzeitig fördert die hohe Inflationsrate eine Flucht in die Sachwerte, was sich in einem geringeren Rückgang des Einzelhandelsumsatzes gegenüber den Einkommenskomponenten widerspiegelt. Der Anteil der Ausgaben für die Ernährung stieg mit dem sinkenden Lebensstandard ständig. Wurden 1990 noch 33,7 vH der Ausgaben für die Ernährung verwandt, so waren es 1994 bereits 37,2 vH, bis 1998 stieg dieser Anteil auf 55,1 vH. Nach den Ergebnissen der Haushaltsbefragung im ersten Halbjahr 1999 gaben 20 vH der Haushalte mehr als 80 vH und etwa 78 vH der Haushalte mehr als die Hälfte ihrer Gesamtausgaben für die Ernährung aus.⁷ Entsprechend gering war die Ersparnisbildung (Sparquote 6 vH).

Die Ungleichverteilung der Pro-Kopf-Einkommen nahm, gemessen an der Relation zwischen dem obersten und dem untersten Einkommensquintil, von Jahr zu Jahr zu. Während diese Relation im ersten Halbjahr 1997 noch 3,7 betrug, stieg sie im Vergleichszeitraum 1998 auf 4,2 und betrug im zweiten Quartal 1999 5,0. Verglichen mit Rußland blieb die Ungleichverteilung der Geldeinkommen mit einem Gini-Koeffizient von 0,30 relativ gering.⁸ Dies ist auch das Ergebnis eines größeren Einflusses des Staates auf die Einkommensverteilung in Belarus.

Die Differenzierung der Branchenlöhne nahm nur geringfügig zu. Die höchsten Löhne wurden wie bisher im Bank- und Baugewerbe, in der Industrie und in der Staatsverwaltung gezahlt, während die niedrigsten in der Landwirtschaft, insbesondere in den Kolchosen, sowie in den durch den Staat direkt regulierten Sektoren des Gesundheits-, Bildungs- und Sozialwesens und im Bereich von Kunst und Kultur gezahlt wurden (Tabelle 8). Die Ungleichverteilung der Löhne war geringfügig stärker ausgeprägt als die der gesamten Geldeinkommen. Der Gini-Koeffizient betrug im Mai dieses Jahres 0,32 (Arbeitsunterlagen der Institute; eigene Berechnungen). Für etwa 29 vH der Beschäftigten war der monatliche Durchschnittslohn im Mai 1999 niedriger als das staatlich fixierte Existenzminimum einer Person im arbeitsfähigen Alter.⁹ Der Anteil der Personen mit einem Lohn unterhalb der Armutsgrenze an den Gesamtbeschäftigten der jeweiligen Branche schwankte zwischen 1,5 vH im Bankgewerbe und 64 vH in den Kolchosen (Schaubild 2).

⁷ Einschätzung belarussischer Experten auf Basis der Haushaltsbefragungen des Minstat Belarus'.

⁸ Rußland: Der Gini-Koeffizient der Ungleichverteilung der Geldeinkommen betrug im Juni 1999: 0,397, die Relation zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Einkommensquintil 8,0.

⁹ Der Berechnung des „Mindestverbraucherbudgets“ bzw. des Existenzminimums (Armutsgrenze) werden die Ausgaben für festgelegte Konsumgüter und Dienstleistungen und ihre Struktur zugrunde gelegt. Die Ausgaben werden für verschiedene soziale Gruppen (Kinder nach Altersgruppen, Arbeitsfähige, Rentner usw.) ermittelt. Pro-Kopf-Angaben werden anteilig für Personen in einem Vier-Personen-Haushalt ermittelt. Die Preisentwicklung wird durch eine quartalsweise Indexierung berücksichtigt (NEG 1999d; *Nacional'nom reestre pravovych aktov Respubliki Belarus'* 1999).

Tabelle 8: Lohnentwicklung und -struktur 1997–1999 (vH bzw. Tausend Rubel)

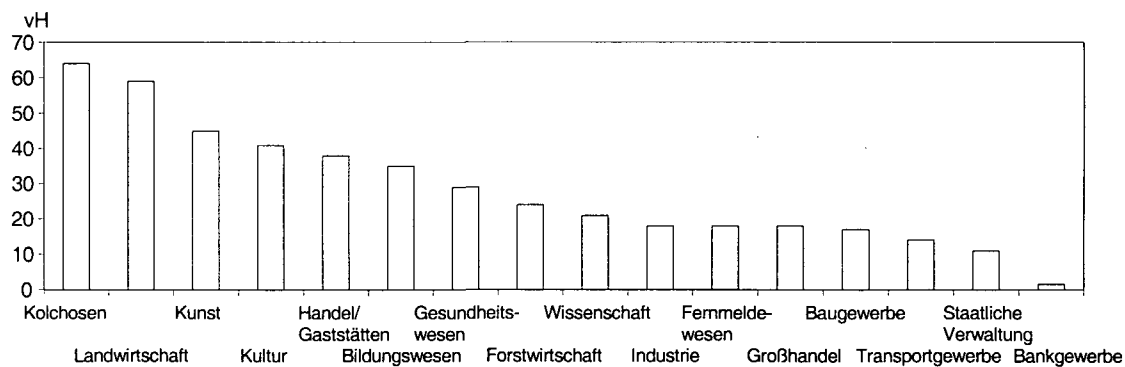
	Durchschnittslöhne Januar bis Juli 1999		Struktur der Löhne in vH		
	Tsd. Rubel	In vH zur Vorjahresperiode	1997	1998	Jan.–Juli 1999
Gesamtwirtschaftlicher Durchschnittslohn	14 412,8	385	100	100	100
Arbeiter und Angestellte	15 245,9	383	107	106	106
Industrie	17 798,9	386	121	123	123
Landwirtschaft	8 196,3	368	58	59	57
darunter: Kolchosen	7 489,3	364	53	54	52
Forstwirtschaft	13 054,5	424	89	83	91
Transportgewerbe	16 425,2	397	116	109	114
Post/Fernmeldewesen	14 508,9	381	102	100	101
Baugewerbe	18 562,7	390	132	130	129
Handel und Gaststätten	12 219,1	371	86	91	85
Großhandel	16 825,3	377	131	123	117
Wohnungswesen, hauswirt.					
Dienstleistungen	13 871,0	382	95	95	96
Gesundheitswesen	11 725,1	398	86	79	81
Sozialwesen	7 890,1	402	56	53	55
Bildungswesen	11 402,4	377	82	78	79
Kultur	9 885,6	381	70	67	69
Kunst	9 814,0	390	70	67	68
Wissenschaft	16 497,2	389	116	113	114
Bankgewerbe	31 126,1	421	204	208	216
Staatliche Verwaltung	17 625,0	340	143	132	122

Quelle: Minstat (1999b: 68 ff.).

Die Lohnrückstände blieben gering und entsprachen im Juni etwa 10 vH der Lohnsumme des Vormonats. Die Rückstände sind vor allem ein Problem in der Landwirtschaft, auf die drei Viertel aller Lohnschulden entfielen. 60 vH aller landwirtschaftlichen Unternehmen entlohnten ihre Beschäftigten nicht pünktlich, wovon etwa zwei Drittel der in der Landwirtschaft Tätigen betroffen waren. Der Anteil der Industrie an den Lohnschulden betrug 18 vH.

Die wirtschaftliche Lage der Rentner hatte sich bereits im Vorjahr als ein wachsendes sozialpolitisches Problem dargestellt. Ab dem IV. Quartal 1998 mußten die Rentner erhebliche Realeinkommensverluste hinnehmen. Ab Oktober lag die Durchschnittsrente unter dem Existenzminimum für Personen im Rentenalter, im ersten Halbjahr 1999 erreichte sie lediglich rund 75 vH des Existenzminimums. Da

Schaubild 2: Anteil der Beschäftigten mit einem Lohn unter dem Niveau des Existenzminimums im Mai 1999 für ausgewählte Branchen (in vH der Beschäftigten der jeweiligen Branche insgesamt)



Quelle: Arbeitsunterlagen der Institute.

Invaliden-, Waisen- und Sozialrenten in ihrem Niveau unter der Durchschnittsrente liegen, war der reale Wert dieser Renten noch geringer. So erreichte die durchschnittliche Sozialrente im Juli 1999 lediglich ein Viertel des offiziellen Existenzminimums.

Die Einkommen der unteren Einkommensgruppen wurden nur partiell indexiert, so daß Realeinkommensverluste eintraten. Im zweiten Quartal hatten 53 vH der Bevölkerung Geldeinkommen unterhalb des Existenzminimums. Die Landbevölkerung war mit 64 vH davon stärker betroffen als die Stadtbevölkerung (49 vH). In der Altersgruppe bis 17 Jahre hatten 62 vH ein Einkommen unterhalb der Armutsgrenze, bei den über 70jährigen waren es 53,5 vH. Der Mindestlohn wurde zwar quartalsweise erhöht, jedoch war auch im Juli seine Relation zur Armutsgrenze mit 4,9 vH und zum Durchschnittslohn mit 9,6 vH so gering, daß von seiner Erhöhung keine spürbare Wirkung auf etwaige Empfänger ausgehen konnte.

Die tatsächliche wirtschaftliche Lage der privaten Haushalte stellt sich dank eines hohen Grades der Selbstversorgung günstiger dar, als es die statistische Ermittlung der Geldeinkommen ausweist. Traditionell und durch das geringe Niveau der Arbeitseinkommen, Renten und sozialen Transfers erzwungen, bewirtschaften mehr als zwei Drittel aller Haushalte eine landwirtschaftliche Fläche (*Belorusskij rynek* Nr. 28 aus 1997). Mit Beginn der Reformen wurden die juristischen Grundlagen für die weitere Übergabe landwirtschaftlich genutzter Flächen zur Erweiterung der persönlichen Hauswirtschaften und Gärten geschaffen.¹⁰ Die von den privaten Haushalten nicht gewerblich bewirtschaftete Fläche betrug 1998 1 555 Tausend ha (1990: 630 Tausend ha). Der Anteil privater Haushalte an der gesamten landwirtschaftlichen Produktion erhöhte sich, auch durch Produktionsrückgänge in der staatlichen und genossenschaftlichen Landwirtschaft, von 23 vH (1990) auf 48 vH (1998). Der Anteil der Selbstversorgung der privaten Haushalte mit Nahrungsmitteln betrug 1998 beispielsweise bei Fleisch und Fleischprodukten 23 vH, bei Milch und Milchprodukten 27 vH, bei Kartoffeln 82 vH und bei Gemüse 72 vH. Würde der Verbrauch der im eigenen Haushalt erzeugten Nahrungsmittel zu Marktpreisen bewertet, erhöhten sich die Ausgaben der Haushalte für den Erwerb von Nahrungsmitteln statistisch um etwa 45 vH.

IV. Öffentliche Haushalte

Auf den ersten Blick könnte sich die Lage der öffentlichen Haushalte in Belarus und Rußland kaum drastischer unterscheiden, als dies derzeit der Fall ist: In Belarus lagen die Einnahmen des konsolidierten Haushalts im Zeitraum Januar bis Juli 1999 bei 40,6 vH des BIP; in der Russischen Föderation im ersten Halbjahr dagegen nur bei 24,5 vH. Die belarussische Staatsquote lag im Zeitraum Januar bis Juli bei 40,7 vH, die russische im 1. Halbjahr dagegen bei etwa 27 vH.

Trotz dieser Unterschiede ist beiden Volkswirtschaften gemein, daß sie erhebliche fiskalische Probleme haben, wengleich sich diese unterschiedlich äußern: Die Russische Föderation ist mit einem Einnahmenproblem konfrontiert, in dem sich auch die schwachen ordnungspolitischen Rahmenbedingungen widerspiegeln. Belarus dagegen hat vor allem ein Ausgabenproblem; hier führen erhebliche quasi-fiskalische Aktivitäten dazu, daß die Staatsquote eine geringe Aussagekraft besitzt. Wie in den Vorjahren sind die wesentlichen Ansatzpunkte dieser quasi-fiskalischen Aktivitäten die staatlichen Eingriffe in die Kreditvergabe, Verzinsung und Preisentwicklung. Von Zinsvorgaben sind nicht nur die Kredite der Nationalbank an die öffentlichen Haushalte, sondern auch die staatlich induzierten Kredite der Geschäftsbanken betroffen. Durch diese auf dem Umweg staatlicher Eingriffe in den Finanzsektor geleisteten Subventionen wird zwar der aktuelle Haushalt entlastet, da jedoch mit dieser Praxis der Anteil der notleidenden Kredite in den Bilanzen der Geschäftsbanken steigt, werden die

¹⁰ Vgl. Postanovlenie „O provednii zemel'noj reformy v Respublike“, „O platežach za zemlju“ und „O krest'janskom (fermerskom) chozjajstve“ von 1990; „O prave sobstvennosti na zemlju“ von 1993; „Kodeks Respubliki Belarus' o zemle“, 25 nojabrja 1998.

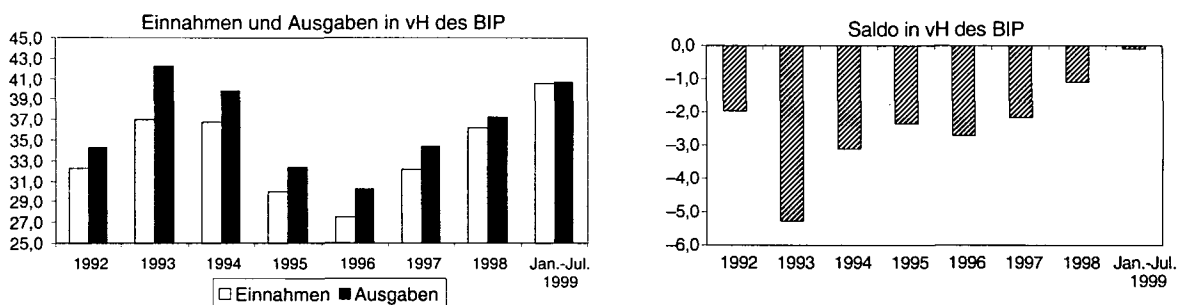
Kosten dieser Politik in den staatlichen Bankensektor und in die Zukunft verschoben. Vor diesem Hintergrund sind auch die offiziellen belarussischen Angaben über das Defizit zu relativieren: Der belarussische Haushalt wies für die ersten sieben Monate ein geringes Defizit von 0,1 vH des BIP aus (Schaubild 3). Unter Einbeziehung der quasi-fiskalischen Kosten, die in den staatlichen Unternehmens- und Bankensektor verschoben wurden, wäre dieses Defizit deutlich höher gewesen.

Die Einnahmen des konsolidierten Haushalts lagen im Zeitraum Januar bis Juli 1999 leicht über denen der entsprechenden Periode des Jahres 1998 (1998: 40,2 vH des BIP; 1999: 40,6). Dabei entwickelte sich vor allem das Gewinnsteueraufkommen sehr dynamisch und stieg auf knapp 5,9 vH des BIP (Tabelle 9). Wichtigste Einnahmenquelle blieben allerdings weiterhin die indirekten Steuern. Anders als in der Russischen Föderation stellen in Belarus Steuerrückstände kein herausragendes fiskalpolitisches Problem dar; die Rückstände gegenüber dem Staatshaushalt beliefen sich zur Jahresmitte auf etwa 0,3 vH des BIP (BET 1999a: 50); in der Russischen Föderation lagen die Steuerrückstände bei 10 vH. Die weißrussischen Ausgaben blieben im betrachteten Zeitraum hinter den entsprechenden Vorjahreswerten (1998: 41,4 vH des BIP; 1999: 40,7) zurück. Mit großer Dynamik wuchs der Posten „Sonstige Ausgaben“, der inzwischen ein Volumen von 12,1 vH des BIP erreicht; damit werden etwa ein Drittel der Gesamtausgaben über diesen intransparenten Posten abgewickelt.

Die soziale Sicherung wird in Belarus nicht nur über den entsprechenden Budgetposten, hinter dem sich auch Ausgaben für Bildung und Preissubventionen verbergen, sondern auch über außerbudgetäre Fonds finanziert. Die Einnahmen des außerbudgetären Sozialversicherungsfonds setzen sich vor allem aus lohnsummenbezogenen Zahlungen der Unternehmen (knapp 96 vH der Einnahmen) und Transfers aus dem öffentlichen Haushalt (gut 3 vH der Einnahmen) zusammen. Traditionell weist dieser Fonds, über den im wesentlichen die Rentenzahlungen und sonstigen staatlichen Unterstützungszahlungen abgewickelt werden, leichte Überschüsse auf (1999 geplanter Überschuß: 0,2 vH des BIP). Die für 1999 geplanten Rentenzahlungen erreichen knapp 10 vH des BIP, was einen deutlichen Anstieg gegenüber dem Vorjahr (8,8 vH) bedeuten würde. Angesichts des real in den ersten sechs Monaten deutlich gesunkenen Rentenniveaus dürften diese Planungen bislang allerdings nicht in die Tat umgesetzt worden sein.

Angesichts der geringen Reputation der Republik Belarus auf dem internationalen Kapitalmarkt und der fehlenden Erfüllung der Bedingungen für die Kreditvergabe internationaler Organisationen kann die Finanzierung des Budgetdefizits nur über inländische Ressourcen erfolgen. Auch in den ersten sieben Monaten des Jahres 1999 spielte dabei die Kreditvergabe der Nationalbank eine herausragende Rolle. Die unmittelbare Folge der Monetisierung des fiskalischen und quasi-fiskalischen Finanzierungsbedarfs ist die Geldmengenexpansion. Diese führt aufgrund des geringen Intermediationsgrades des Finanzsystems und der damit verbundenen schnellen Transmission geldpolitischer Impulse nur mit einer geringen Zeitverzögerung zu einer entsprechenden Inflation.

Schaubild 3: Konsolidierter Haushalt



Quelle: Minstat (1997a: 175 ff.; 1997c: 81 ff.); Arbeitsunterlagen der Institute; eigene Berechnungen.

Tabelle 9: Ausgewählte Einnahmen und Ausgaben des konsolidierten Haushalts 1992–1999

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999 ^a
	<i>Einnahmen (Struktur in vH)</i>							
<i>Insgesamt</i>	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Mehrwertsteuer	37,1	27,6	27,4	28,0	28,1	29,8	25,7	24,6
Akzisen	8,9	12,1	10,6	7,9	12,5	13,0	11,0	9,9
Gewinnsteuer	25,8	29,7	30,7	21,6	14,5	14,6	12,4	14,5
Einkommensteuer	7,4	7,1	7,3	9,3	10,5	9,9	10,5	7,6
Tschernobylsteuer	8,4	7,7	4,9	8,0
Mineralölsteuer	2,4	2,6	2,2	1,7	0,5	.	.	.
Immobiliensteuer	0,6	0,9	1,3	2,5	1,9	.	.	.
Zölle etc.	1,6	6,9	9,2	5,7	6,7	8,1	6,4	5,4
Gebundene Fonds ^b auf Gemeindeebene							7,7	8,1
Sonstige Einnahmen	7,8	5,4	6,4	15,4
	<i>Ausgaben (Struktur in vH)</i>							
<i>Insgesamt</i>	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Volkswirtschaft	41,9	38,7	27,5	21,9	19,9	16,1	15,8	16,7
Bildung, Kultur, Soziales	30,6	30,3	35,9	42,8	48,7	42,7	38,3	38,6
Wissenschaft	1,4	1,2	0,9	1,7	.	1,5	1,3	1,0
Tschernobylfolgen	12,6	9,7	6,9	7,7
Verteidigung	4,8	4,2	4,3	4,4	.	4,7	2,9	2,9
Rechtsorgane	3,0	3,5	4,5	7,1	2,4	6,2	5,4	4,9
Verwaltung	1,8	1,7	1,9	3,5	1,1	3,2	2,9	2,7
Außenwirtschaft						0,9	0,8	0,7
Schuldendienst	2,0	1,2	0,6	0,6	.	1,9	2,1	2,7
Sonstige Ausgaben	1,8	9,6	17,6	10,2	27,9	22,9	30,3	29,7
Saldo in vH der Ausgaben	-5,7	-13,1	-8,7	-8,5	-6,7	-6,3	-2,9	-0,2
	<i>Einnahmen (Anteile am BIP in vH)</i>							
<i>Insgesamt</i>	32,3	37,0	36,8	30,0	27,5	32,2	36,2	40,6
Mehrwertsteuer	12,0	10,2	10,1	8,4	7,7	9,6	9,3	10,0
Akzisen	2,9	4,5	3,9	2,4	3,4	4,2	4,0	4,0
Gewinnsteuer	8,3	10,8	10,9	6,4	4,0	4,7	4,5	5,9
Einkommensteuer	2,4	2,7	2,7	2,8	2,9	3,2	3,8	3,1
Tschernobylsteuer	2,7	2,8	1,8	2,4
Mineralölsteuer	0,8	1,0	0,8	0,5	0,1	.	.	.
Immobiliensteuer	0,2	0,3	0,5	0,7	0,5	.	.	.
Zölle etc.	0,5	2,6	3,4	1,7	1,8	2,6	2,3	2,2
Gebundene Fonds ^b auf Gemeindeebene							2,8	3,3
Sonstige Einnahmen	2,5	2,0	2,3	4,6
	<i>Ausgaben (Anteile am BIP in vH)</i>							
<i>Insgesamt</i>	34,3	42,3	39,9	32,3	30,2	34,4	37,3	40,7
Volkswirtschaft	14,3	16,3	11,0	7,1	6,0	5,5	5,9	6,8
Bildung, Kultur, Soziales	10,5	12,8	14,3	13,9	14,7	14,7	14,3	15,7
Wissenschaft	0,5	0,5	0,4	0,5	.	0,5	0,5	0,4
Tschernobylfolgen	4,3	4,1	2,8	2,5
Verteidigung	1,7	1,8	1,7	1,4	.	1,6	1,1	1,2
Rechtsorgane	1,0	1,5	1,8	2,3	0,7	2,1	2,0	2,0
Verwaltung	0,6	0,7	0,8	1,1	0,3	1,1	1,1	1,1
Außenwirtschaft						0,3	0,3	0,3
Schuldendienst	0,7	0,5	0,2	0,2	.	0,7	0,8	1,1
Sonstige Ausgaben	0,6	4,0	7,0	3,3	.	7,9	11,3	12,1
Saldo in vH des BIP	-2,0	-5,6	-3,6	-2,8	-2,0	-2,2	-1,1	-0,1

^aJanuar bis Juli 1999. — ^bSeit 1998 werden die vormals außerbudgetären Fonds, ohne Sozialversicherungsfonds, dem konsolidierten Haushalt zugerechnet.

Quelle: Minstat (1997a: 175 ff.; 1997c: 81 ff.); eigene Berechnungen.

V. Geldpolitik

Die von der Nationalbank bereits in den Vorjahren verfolgte inflationäre Geldpolitik wurde im ersten Halbjahr 1999 in zunächst abgeschwächter Form fortgesetzt. Dabei wuchsen die Geldmengenaggregate weiterhin schneller als vor Ausbruch der russischen Krise. Aber gegenüber dem zweiten Halbjahr 1998 und insbesondere gegenüber dem vierten Quartal hat sich das Wachstum im ersten Halbjahr 1999 deutlich verlangsamt (Tabelle 10). Dennoch ging der Zuwachs der erweiterten Geldmenge M3 weit über das mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) im Herbst des Vorjahres als Vorbedingung für Kredite im Rahmen der *Contingent and Compensatory Financing Facility (CCFF)* vereinbarte Maß von monatlich 2 vH hinaus (IMF 1999).¹¹ Aus diesem Grund erklärte der IWF das Programm bereits im März für gescheitert. Ab Juni 1999 ist es zu einer neuerlichen Beschleunigung der monetären Expansion gekommen; die Geldbasis nahm allein in diesem Monat um 15 vH zu. Der Trend hat sich im Juli fortgesetzt. Auch das Wachstum der erweiterten Geldmenge M3 hat sich im Juli wieder erheblich beschleunigt.

Wie in den Vorjahren wurde die Geldpolitik vornehmlich für fiskalische Zwecke eingesetzt. Die Nationalbank hat von ihr kontrollierte Geschäftsbanken erneut angewiesen, stark subventionierte Kredite an die Bau- und die Landwirtschaft zu vergeben. Die Bedeutung subventionierter und zweckgebundener Refinanzierungskredite der Nationalbank an die Banken hat jedoch im Vergleich zu den Vorjahren abgenommen. Im ersten Quartal 1999 erhöhte sich der Bestand gelenkter Nationalbankkredite nominal nur unwesentlich im Vergleich zum vierten Quartal des Vorjahres und nahm real um etwa ein Drittel ab. Der Zuwachs bei den gelenkten Krediten machte nur etwa 4 vH des Anstiegs der Geldbasis aus; im Vorjahr waren es dagegen noch gut 40 vH gewesen. Gleichzeitig ging der Anteil der Regierungskredite an der Geldbasis deutlich zurück (Tabelle 11).

In diesen Entwicklungen schlug sich das Bemühen der Regierung nieder, die mit dem IWF ausgehandelten Bedingungen für eine Kreditvergabe formal zu erfüllen, ohne von ihrem expansiven Kurs abweichen zu müssen. Zu diesen Bedingungen gehörten Obergrenzen für das Wachstum der inländischen Komponente der Geldbasis, insbesondere für Kredite an die Regierung, sowie der Überschußreserven. Um diese Obergrenzen einzuhalten, hatte sich die Nationalbank verpflichtet, die gelenkten Kredite an bevorzugte Sektoren zu kürzen und ihre Refinanzierungszinsen real auf ein positives Niveau anzuheben.

Durch die relative Zurückhaltung bei den gelenkten Krediten an die Geschäftsbanken und bei den Krediten an die Regierung wurden zwar die quantitativen Vorgaben des IWF bezüglich der Ausweitung der Geldbasis und der Überschußreserven erfüllt. Allerdings beließ die Nationalbank die Refinan-

Tabelle 10: Wachstumsraten der Geldmengenaggregate 1997–1999 (Periodenendwerte in vH)

	1997	1998	1998				1999		
			I	II	III	IV	I	II	Juli
Geldbasis	108	163	12	24	18	60	21	23	14
M3 ^a	111	276	7	23	29	121	21	24	15
<i>Nachrichtlich:</i>									
Verbraucherpreise	63	182	11	10	25	84	49	25	6,0
Erzeugerpreise	91	196	11	9	25	99	75	19	5,9

^aEinschließlich Konten in ausländischer Währung.

Quelle: BET (1999b); eigene Berechnungen.

¹¹ Im Rahmen der CCFF werden Kredite an Länder gewährt, die in besonderem Maße von negativen externen Schocks betroffen sind. Für Belarus wurde dieses Kriterium nach Ausbruch der russischen Krise im August 1998 und aufgrund einer schlechten Ernte als erfüllt angesehen (DIW et al. 1999).

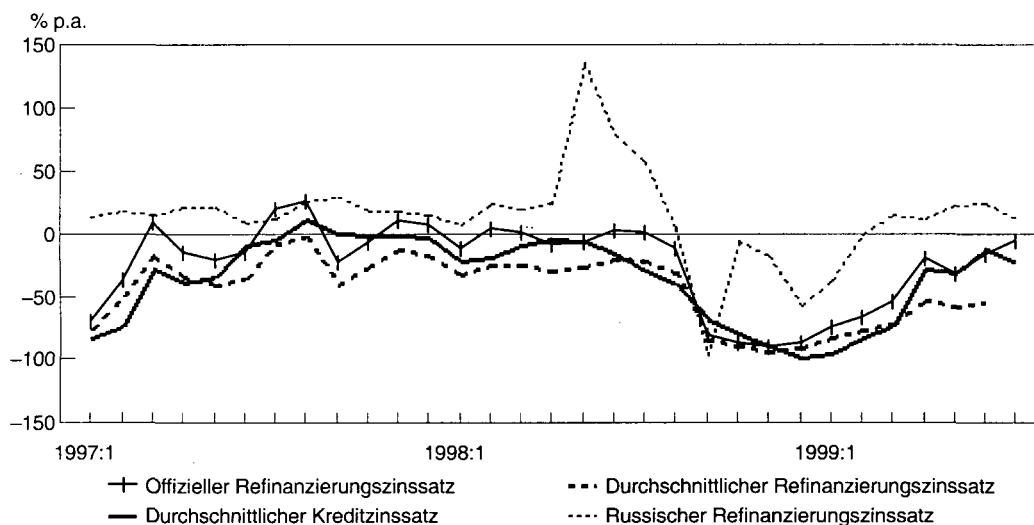
Tabelle 11: Herkunft und Verwendung der Geldbasis 1998–1999 (Struktur in vH)

	1998				1999		
	I	II	III	IV	I	II	Juli
<i>Herkunft</i>							
Devisenreserven (netto)	0,1	0,3	0,6	5,7	10,3	8,9	7,7
Inländische Aktiva (netto)	99,9	99,7	99,4	94,3	89,7	91,1	92,3
Forderungen an die Zentralregierung	48,9	37,4	39,5	75,9	71,1	63,3	57,6
Forderungen an Banken	73,5	82,8	83,8	77,2	64,7	63,7	66,3
Sonstige Aktiva	-23,0	-21,1	-24,4	-59,4	-47,1	-36,7	-32,4
<i>Verwendung^a</i>							
Bargeld	43,2	46,0	43,9	40,8	40,0	56,0	57,4
Pflichtreserven der Geschäftsbanken	30,0	27,1	25,8	27,9	33,3	31,9	26,9
Überschußreserven	23,6	23,8	26,0	29,1	25,1	10,7	13,6

^aDie Differenz zwischen den Anteilen der drei aufgeführten Kategorien und 100 vH besteht aus „sonstigen“ Konten, die nicht den Reserven zugerechnet werden.

Quelle: BET (1999b); eigene Berechnungen.

Schaubild 4: Realzinssätze 1997–1999



Quelle: Arbeitsunterlagen der Institute; eigene Berechnungen.

zierungszinsen unterhalb der Inflationsrate (Schaubild 4) und führte den Geschäftsbanken durch zinslose Devisenswapgeschäfte Liquidität zu, die nicht als Ausweitung der inländischen, sondern der ausländischen Komponente der Geldbasis verbucht wurde (Tabelle 11). Zugleich ermöglichte sie es den Geschäftsbanken, die Mindestreservesätze erheblich zu unterschreiten (IMF 1999). Anfang Mai lagen die tatsächlichen Reserven der Geschäftsbanken bei der Hälfte des vorgeschriebenen Niveaus.

Inzwischen haben sich die Probleme im Bankensektor verschärft. Trotz der massiv gewährten Zinssubventionen sind die Eigenkapitalquoten drastisch zurückgegangen. Die gelenkten Kredite, vor allem an die Landwirtschaft, werden vielfach nicht bedient. Zudem belasten Fremdwährungskredite, die aufgrund des dramatischen Wertverlusts der weißrussischen Währung notleidend geworden sind, die Banken. Insgesamt waren Ende Mai nach offiziellen Angaben knapp 20 vH der ausstehenden Kredite notleidend. Im ersten Quartal wurden drei Geschäftsbanken für insolvent erklärt. Zusammen halten diese drei Banken fast die Hälfte der Aktiva des gesamten Bankensektors. Eine weitere Bank, die 13 vH der Aktiva hält, gilt als nahezu insolvent. Gemessen an international üblichen Rechnungslegungsstandards dürfte das Insolvenzproblem noch wesentlich größer sein.

Für die offiziell als insolvent eingestuftes Banken wurde ein Rekapitalisierungsplan vorgelegt. Demgemäß sollen die Forderungen der Nationalbank aus zweckgebundenen Refinanzierungskrediten in Eigenkapitalbeteiligungen umgewandelt werden, die anschließend auf das Finanzministerium übertragen werden sollen. Außerdem ist vorgesehen, daß das Finanzministerium neues Eigenkapital zuschießt. Offiziellen Angaben zufolge war die Rekapitalisierung der ersten Bank Anfang Juni 1999 abgeschlossen. Dennoch sind die bisher beschlossenen Maßnahmen nicht geeignet, die Probleme im Bankensektor dauerhaft zu lösen, da sie die Ursachen der Probleme unangetastet lassen. Für eine dauerhafte Lösung müßten die Banken von der Aufgabe befreit werden, die quasi-fiskalischen Subventionen an Land- und Bauwirtschaft zu finanzieren. Außerdem müßte die Geldpolitik insgesamt auf einen Kurs einschwenken, der den fortgesetzten Wertverfall des Rubels verhindert, damit die Verluste der Banken aus Fremdwährungskrediten begrenzt werden könnten.

VI. Wechselkurspolitik

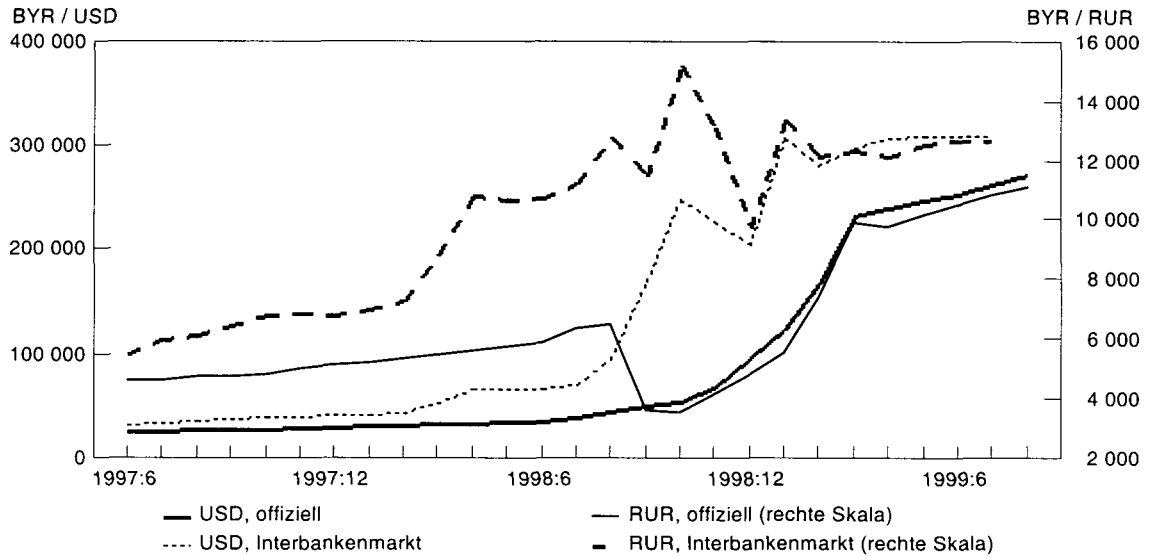
Derzeit existieren zwei offizielle Wechselkurse und drei weitere Kurse, die mehr oder weniger stark marktbestimmt sind. Die offiziellen Kurse sind gegenüber den marktnäheren Kursen stark überbewertet. Der „offizielle“ Kurs wird von der Nationalbank administrativ festgesetzt und gilt für die Hauptsitzung der Minsker Börse. Zu diesem Kurs müssen Exporteure etwa 15 vH ihrer Fremdwährungserlöse an die Nationalbank verkaufen. Der zweite offizielle Kurs ist der am Interbankenmarkt. Dieser Markt war bis Januar 1999 extrem reguliert, sowohl bezüglich der gehandelten Mengen als auch bezüglich des Kursspielraums. Die Restriktionen wurden im Januar zwar abgeschafft; dennoch ist der Markt nicht völlig liberalisiert, denn es bestehen weiterhin Regelungen, die die freie Kursbildung beeinträchtigen, und die Nationalbank übt Druck aus, um den Kurs zu beeinflussen.

Neben den beiden offiziellen Märkten gibt es einen weiteren, allerdings wenig liquiden freien Markt in Moskau. Außerdem wird der Rubel in staatlich lizenzierten Wechselstuben gehandelt, die einer 30-prozentigen Ablieferungspflicht ihrer Fremdwährungseinnahmen zum offiziellen Kurs der Zentralbank unterliegen. Die Zentralbank beeinflußt die Kurse in den Wechselstuben auch, indem sie eine Obergrenze für die Differenz zu ihrem offiziellen Kurs „empfiehlt“. Der fünfte Wechselkurs ist der Schwarzmarktkurs. Offenbar beabsichtigt die Regierung, die verschiedenen nominalen Wechselkurse bis zum Jahresende 1999 zusammenzuführen.¹²

Der offizielle Wechselkurs der Nationalbank wurde im ersten Quartal 1999 gegenüber dem US-Dollar nominal um fast 60 vH abgewertet. In den Folgemonaten reduzierte die Nationalbank die monatliche Abwertungsrate im Schnitt auf etwas mehr als 3 vH. In der zweiten Oktoberhälfte lag der offizielle Kurs bei nahezu 300 000 Rubel/Dollar. Der offizielle Wechselkurs zum russischen Rubel entwickelte sich weitgehend parallel zum Dollarkurs (Schaubild 5). Die erhebliche Abwertung zum US-Dollar im ersten Quartal hat dazu geführt, daß die Lücke gegenüber dem marktnäheren Kurs am Interbankenmarkt zunächst kleiner wurde. Im Mai 1999 betrug die Lücke noch etwa 25 vH (über 150 vH im Januar). Gegenüber dem Schwarzmarktkurs war der offizielle Kurs zu diesem Zeitpunkt jedoch immer noch um etwa 70 vH überbewertet. Bis Mitte Oktober wertete der Rubel am Schwarzmarkt auf etwa 660 000 Rubel/US-Dollar ab; damit lag der Schwarzmarktkurs wieder um mehr als 100 vH über dem offiziellen Kurs der Zentralbank.

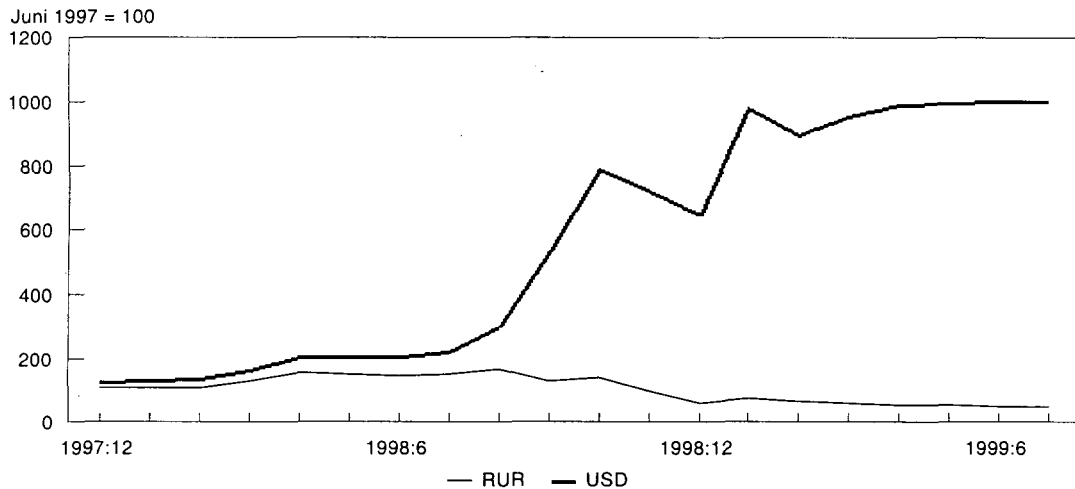
Real wertete der Kurs am Interbankenmarkt gegenüber dem US-Dollar in den ersten fünf Monaten 1999 um gut die Hälfte ab. Der Großteil der Abwertung fand bereits im Januar statt. Seitdem hat sich das Abwertungstempo deutlich verlangsamt (Schaubild 6). Gegenüber dem russischen Rubel, der Währung des bislang wichtigsten Handelspartners, hat es dagegen in der ersten Hälfte 1999 kaum eine Veränderung im realen Wechselkurs gegeben, so daß die erhebliche reale Aufwertung aus dem letzten Quartal des Vorjahres (um 53 vH) bestehen bleibt.

¹² Zeitweise verkündete die Regierung Pläne, den Rubel an den Euro zu binden.

Schaubild 5: Nominale Wechselkurse des weißrussischen Rubels zum US-Dollar und zum russischen Rubel 1997–1999^a

^aBYR = weißrussischer Rubel, RUR = russischer Rubel, USD = US-Dollar.

Quelle: BET (1999b); eigene Berechnungen.

Schaubild 6: Reale Wechselkurse des weißrussischen Rubels 1997–1998 (Interbankenmarkt)^a

^aBerechnet auf der Grundlage der Verbraucherpreisindizes. Ein Anstieg entspricht einer realen Abwertung der weißrussischen Währung. RUR = russischer Rubel, USD = US-Dollar.

Quelle: BET (1999b); RECEP (1999); Arbeitsunterlagen der Institute; eigene Berechnungen.

VII. Außenwirtschaft

In den Vorjahren war die Zahlungsbilanz regelmäßig geprägt durch Leistungsbilanzdefizite, die durch Nettokapitalimporte, Zahlungsrückstände und den Abbau von Währungsreserven finanziert wurden. Dies hat sich im ersten Halbjahr 1999 geändert (Tabelle 12). Die Kapitalbilanz schloß mit einem geringen Negativsaldo ab, während die Leistungsbilanz erstmals seit Jahren einen leichten überschüss auswies.

Tabelle 12: Zahlungsbilanz 1997–1999 (Mill. US-Dollar)

	1997	1998	1998		1999	
			1. Hälfte	2. Hälfte	1. Quartal	1. Hälfte
Außenhandel	-1 335,4	-1 447,3	-841,0	-606,3	-52,5	-123,0
Exporte	7 382,6	7 081,0	3 651,0	3 430,0	1 327,1	2 871,8
Importe	-8 718,0	-8 528,3	-4 492,0	-4 036,3	-1 379,6	-2 994,8
Nichtfaktordienstleistungen	554,0	439,8	295,0	144,8	74,7	155,0
Export	918,8		505,8		171,2	365,9
Import	-364,8		-210,8		-96,5	-210,9
Faktordienstleistungen	-84,6	-77,5	-35,9	-41,6	-18,0	-38,9
Export	31,2		5,5		8,4	14,2
Import	-115,8		-41,4		-26,4	-53,1
Transfers (netto)	78,4	140,4	57,3	83,1	15,3	31,8
Saldo der Leistungsbilanz	-787,6	-944,6	-524,6	-420,0	19,5	24,9
Kapitaltransfers	133,2	170,1	78,5	91,6	20,0	31,8
Direktinvestitionen (netto)	197,9	141,5	64,8	76,7	88,0	171,9
Direktinvestitionen Abflüsse	-2,1		-1,5		-0,2	-0,6
Direktinvestitionen Zuflüsse	200,0		66,3		88,2	172,4
Portfolioinvestitionen (netto)	-19,8	14,6	-0,8	15,4	8,8	-8,3
Portfolioinvestitionen Abflüsse	-61,6		-0,1		3,9	2,4
Portfolioinvestitionen Zuflüsse	41,8		-0,7		4,9	-10,7
Andere Investitionen (netto)	361,8	93,2	25,1	68,1	-107,2	-197,8
Saldo der Kapitalverkehrsbilanz	673,1	419,4	167,6	251,8	9,6	-2,4
Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen	156,9	110,2	15,2	95,0	-50,7	-53,3
Saldo	42,4	-415,0	-341,8	-73,2	-21,6	-30,8
Finanzierung durch:	-42,4	415,0	341,8	73,2	21,6	30,8
Reserveaktiva	77,0	53,7	99,6	-45,9	2,7	38,9
IMF	0,0	-24,4	-7,9	-16,5	-16,7	-33,6
Sonderfinanzierung	-119,4	385,7	250,1	135,6	35,6	25,5

Quelle: BET (1999b); IMF (1999); Nationalbank Belarus; eigene Berechnungen.

Der Fehlbetrag in der Handelsbilanz ging in Dollar gerechnet gegenüber dem zweiten Halbjahr 1998 um über 480 Mill. auf 123 Mill. US-Dollar zurück. Im Vergleich zur ersten Hälfte des Vorjahres betrug der Rückgang sogar fast 720 Mill. US-Dollar. Zurückzuführen ist dies auf einen außerordentlich starken Rückgang der Importe (-34 vH bzw. -25 vH). Zum einen hat sich dämpfend ausgewirkt, daß die Handelspartner zunehmend nur noch gegen Vorkasse liefern. Zum anderen haben sich Importe durch die reale Abwertung des weißrussischen Rubels relativ zum US-Dollar deutlich verteuert (s. Abschnitt Währungspolitik).

Von der Exportseite hat die Handelsbilanz dagegen insgesamt keine Stützung erfahren. Im Gegenteil, die Exporte gingen wertmäßig insgesamt deutlich zurück (-25 vH gegenüber der Vorperiode bzw. -32 vH gegenüber dem Vorjahr, ebenfalls auf Dollarbasis). Die regionale Entwicklung war allerdings ausgesprochen differenziert. Die Exporte nach Rußland, dem wichtigsten Handelspartner, brachen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um nahezu 40 vH ein. Offenbar werden die weißrussischen Exporte immer noch durch die letztjährige reale Aufwertung gegenüber dem russischen Rubel belastet. Dagegen legten die Exporte in Nicht-GUS-Staaten um fast 36 vH zu (Deutschland: 13 vH). Der russische Anteil an den weißrussischen Exporten ging damit von nahezu 70 vH auf etwa 53 vH zurück. Umgekehrt nahm der Anteil der Nicht-GUS-Staaten von etwa 23 vH auf fast 40 vH zu.

Der Barterhandel hat im Berichtszeitraum weiter deutlich an Bedeutung gewonnen. Zwischen Januar und Juli 1999 wurde ein Drittel der gesamten Importe auf diesem Wege abgewickelt (nach einem Viertel im entsprechenden Zeitraum 1998). Bei den Exporten stieg der Barteranteil auf fast 37 vH (nach 32 vH 1998). Ausschlaggebend war hier vor allem der Handel mit Rußland und anderen GUS-Ländern, auf die 84 vH des gesamten Barterhandels entfielen. Der Barteranteil erhöhte sich bei

den Exporten nach Rußland auf über 50 vH (nach 38 vH 1998) und bei den Importen auf fast 45 vH (nach 35 vH 1998).

In der Kapitalbilanz haben die Kapitalzuflüsse stark abgenommen. Insbesondere bei den sonstigen Kapitalströmen, die vor allem Handelskredite beinhalten, kam es im Gegensatz zu den Vorjahren zu erheblichen Nettoabflüssen. Die ausländischen Direktinvestitionen legten kräftig zu, wenn auch auf einem sehr niedrigen Niveau. Sie übertrafen bereits zur Jahresmitte die Zuflüsse für das Gesamtjahr 1998. Bei den Portfolioinvestitionen dagegen kam es trotz eines zwischenzeitlichen Zustroms im ersten Quartal für das gesamte erste Halbjahr zu einem Abfluß.

Für den Finanzierungssaldo der Zahlungsbilanz ergab sich aufgrund der ausgeprägten Verbesserung der Handelsbilanz im ersten Halbjahr 1999 ein deutlich geringerer Fehlbetrag als zuletzt. Entsprechend stiegen die weißrussischen Währungsreserven gegenüber der zweiten Hälfte 1998 deutlich an und erreichten netto wieder ein positives Niveau. Die Zahlungsbilanzsituation stellt sich somit etwas weniger prekär dar als noch in der zweiten Hälfte des Vorjahres. Allerdings kann von einer Entspannung weiterhin nicht die Rede sein, denn die Nettowährungsreserven decken noch immer nur die Importe weniger Tage ab, und im zweiten Quartal zeichnete sich bereits eine Umkehr des positiven Trends in der Handels- und Leistungsbilanz ab.

VIII. Ordnungspolitik

Der Staat verstärkt seine direkte Kontrolle auf die Wirtschaft und wendet vermehrt Methoden einer planwirtschaftlichen Lenkung an. Er versucht, mittels einer verdeckten Renationalisierung seinen Einfluß auf die Betriebe zu erhöhen und durch die Ausweitung der Preis- und Außenhandelsregulierungen die Wirtschaftsabläufe zu dirigieren. Dabei ist er jedoch mit Kontrollproblemen konfrontiert, auf die er mit weiteren Repressionen reagiert.

Auf dem Gebiet der Unternehmensprivatisierung wird die tatsächliche Entwicklung durch Besonderheiten der Erfassung geschönt. Als Privatisierung wird auch der Verkauf, der Tausch und die Schenkung einzelner Ausrüstungsgegenstände, Fahrzeuge und Rohstoffe bezeichnet.¹³ Die Anzahl der transferierten Objekte war 1998, allerdings von sehr niedrigem Niveau, auf 277 gestiegen (Tabelle 13). Als privatisiert gelten auch Staatsunternehmen, die lediglich in Kapitalgesellschaften umgewandelt worden sind. Bei der Umwandlung hat das Tempo seit 1998 deutlich abgenommen; in den ersten acht Monaten 1999 wurden nur noch 48 Unternehmen umgewandelt. Die eigentliche Privatisierung umfaßte zwischen 1991 und August 1999 insgesamt nur 1899 überwiegend kleinere Unternehmen. In diesen Unternehmen sind rund 15 vH der Beschäftigten tätig. 1999 hat sich das Tempo der Privatisierung weiter verlangsamt: Im Zeitraum Januar bis August wurden lediglich 44 Unternehmen, fast ausschließlich kommunale Betriebe, verkauft.¹⁴ Ein politischer Wille zur Beschleunigung der Privatisierung ist derzeit nicht erkennbar. Selbst die geringen Fortschritte der Privatisierung müssen relativiert werden. Der Staat hat im Jahresverlauf 1999 versucht, in teilprivatisierten Unternehmen, an denen er noch beteiligt ist, nachträglich eine „goldene Aktie“ einzuführen.¹⁵ Diese verleiht ihm ein Vetorecht in wichtigen Unternehmensentscheidungen. Eines der betroffenen Unternehmen, in denen der Staat lediglich 2,7 vH der Aktien hält, hat daraufhin beim Obersten Gerichtshof Klage eingereicht, die jedoch negativ entschieden wurde. Damit wurde ein Präzedenzfall geschaffen. Es muß damit gerechnet werden, daß der Staat mittels der Einführung von „goldenen Aktien“ seine Einflußnahme auf Betriebe, die

¹³ Zum „nichtstaatlichen Sektor“ werden in Weißrußland private und teilprivatisierte Unternehmen gezählt, an denen der Staat noch Anteile hält.

¹⁴ Die sogenannte Scheckprivatisierung, die Mitte 1999 abgeschlossen werden sollte, stagniert. Zur Jahresmitte hatte die Bevölkerung nur 45 vH der ihr zustehenden Schecks bei den Ausgabestellen abgeholt und nur 40 vH der Scheckbesitzer hatten ihre Schecks im Rahmen der Privatisierung eingesetzt. Die Frist für die Scheckprivatisierung wurde bis 2002 verlängert. Vgl. zur Scheckprivatisierung DIW et al. (1994).

¹⁵ Vgl. zur „goldenen Aktie“ DIW et al. (1998).

Tabelle 13: Zahl der umgewandelten und privatisierten Unternehmen 1991–1999

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999 Januar–August	Insgesamt
<i>Privatisierte Unternehmen</i>	58	186	174	424	208	266	299	240	44	1 899
Privatisiert durch:										
Verkauf verpachteten Eigentums an Pächter	34	47	57	152	35	58	76	53	17	529
Verkauf von Eigentum an Belegschaften	13	87	24	12	1	0	0	0	0	137
Direktverkauf, Auktion	11	52	93	260	172	208	223	187	27	1 233
davon waren:										
Republikseigentum	16	29	72	32	1	5	1	11	2	169
Verkauf verpachteten Eigentums an Pächter	9	20	44	28	1	5	1	11	2	121
Verkauf von Eigentum an Belegschaften	6	8	10	1	0	0	0	0	0	25
Direktverkauf, Auktion	1	1	18	3	0	0	0	0	0	23
Kommunales Eigentum	42	157	102	392	207	261	298	229	42	1 730
Verkauf verpachteten Eigentums an Pächter	25	27	13	124	34	53	75	42	15	408
Verkauf von Eigentum an Belegschaften	7	79	14	11	1	0	0	0	0	112
Direktverkauf, Auktion	10	51	75	257	172	208	223	187	27	1 210
<i>Umgewandelte Unternehmen insgesamt</i>	3	4	71	217	259	218	178	89	48	1 087
aus Republikseigentum	3	3	68	152	52	92	96	40	21	527
aus kommunalem Eigentum	0	1	3	65	207	126	82	49	27	560
<i>Transferierte Objekte insgesamt</i>	–	–	–	–	–	39	98	476	277	890
aus Republikseigentum	–	–	–	–	–	39	96	89	39	263
aus kommunalem Eigentum	–	–	–	–	–	0	2	387	238	627

Quelle: BET (1999a); *Belorusskij rynok* Nr. 31 aus 1996: 14, Nr. 5 aus 1997: 7, Nr. 29 aus 1997: 21, Nr. 5 aus 1999: 15; Arbeitsunterlagen der Institute; eigene Berechnungen.

nicht vollständig privatisiert wurden, verstärkt wird. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß vollständig privatisierte und neugegründete private Betriebe eine relativ geringe Bedeutung haben.¹⁶ Mittels der „goldenen Aktie“ wäre es dem Staat daher möglich, den überwiegenden Teil der Unternehmen durch direkte Eingriffe zu lenken. Fraglich ist allerdings, ob es dem Staat gelingt, seine Rechte in einer Vielzahl von Unternehmen auch wirksam auszuüben. Insgesamt ist aber festzustellen, daß der Staat versucht, die Privatisierung auf indirektem Wege rückgängig zu machen. Die Zurechnung teilprivatisierter Unternehmen zum „nichtstaatlichen Sektor“ hat daher rein formalen Charakter.

Der Erwerb von privatem Eigentum an Grund und Boden ist gesetzlich zwar möglich. Auch Ausländer, die an einem weißrussischen Unternehmen beteiligt sind, können im Rahmen der Privatisierung Grundeigentum erwerben. In der Praxis werden Betriebsgrundstücke jedoch, wenn überhaupt, nur an inländische Unternehmen übertragen. In der Landwirtschaft ist die Bedeutung privater Gewerbebetriebe gering. Private landwirtschaftliche Betriebe besitzen lediglich 0,6 vH der Anbaufläche. Demgegenüber gehören der einheimischen Bevölkerung etwa 10 vH der Fläche. Sowohl die von privaten Bauern gewerblich genutzte als auch die von der Bevölkerung bestellte Fläche hat in den letzten Jahren nicht zugenommen. Eine weitere Privatisierung ist für die Zukunft nicht vorgesehen.

Die Versorgungsmängel sind ein Resultat starker Eingriffe in die Preisbildung. Bislang unterlagen etwa die Hälfte der Verbrauchsgüterpreise einer Preisregulierung. Im Frühjahr 1999 wurde ein Gesetz zur Preisbildung erlassen, das für Güter und Dienstleistungen grundsätzlich zwar eine freie Preisbildung vorsieht, wenn gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.¹⁷ Gleichzeitig wurden jedoch die Preisregulierungen für eine Vielzahl von Gütern und Dienstleistungen von sozialer Bedeutung ausgeweitet. Erhöhungen der Verbraucherpreise sind nur dann erlaubt, wenn gleichzeitig „Maßnahmen zur sozialen Abfederung“ ergriffen werden. Erhöhungen der Verkaufspreise, die über einen monatlich festgesetzten

¹⁶ Die Neugründung und Tätigkeit privater Unternehmen wird stark behindert. Betroffen sind insbesondere die privaten Kleinunternehmen, deren Zahl lediglich 5 000 beträgt.

¹⁷ Vgl. für eine Übersicht der in jüngerer Zeit erlassenen Preisverordnungen und weiterer rechtlichen Regelungen BET (1999a: 102–108). Wichtige Regelungen sind enthalten in *Vedomosti nacional'nogo Sobranija Respubliki Belarus* (1999) und *Sobranie dekretov, ukazov i postanovlenij pravitel'stva Respubliki Belarus* (1999a, 1999b).

Zuwachs hinausgehen, müssen bei staatlichen Behörden gemeldet werden. Der erlaubte Zuwachs wird für einzelne Branchen gesondert festgelegt und schwankt für das zweite Halbjahr 1999 zwischen 15–18 vH im Quartal. Da die konkrete Art der Regulierung sowie die Kontrolle auch von der Eigentumsform abhängig ist, muß befürchtet werden, daß insbesondere private Anbieter in ihrer Preisgestaltung stärker reglementiert werden. Nachdem die Preisregulierungen in der Vergangenheit häufig umgangen worden waren, soll nun offenbar auch die Einhaltung schärfer kontrolliert werden.

Die niedrigen Inlandspreise haben illegale Exporte nach sich gezogen. Hierauf war in der Vergangenheit mit Regulierungen des Exports reagiert worden. Diese konnten aber offenbar nicht durchgesetzt werden. Im Sommer 1999 wurde die Regulierung der Außenhandelsaktivitäten erneut geändert (*Sobranie dekretov* 1999c). Die Ausfuhr von Nahrungsmitteln auch in Länder der gemeinsamen Zollunion unterliegt einer Registrierung. Für bestimmte Güter und Bestimmungsländer sind zudem Export- und Importlizenzen erforderlich. Geregelt wird dabei auch die Ausfuhr von Textilien in die EU. Ausgenommen von der Lizenzerteilung und Registrierung sind Unternehmen mit einer ausländischen Beteiligung vom mehr als 30 vH. Eine weitere Neuerung betrifft grenzüberschreitende Bartergeschäfte. Um den Tauschhandel einzuschränken, wird seit 1. Juli 1999 eine sogenannte „Rentengebühr“ in Höhe von 15 vH der Vertragssumme erhoben; Importe strategisch wichtiger Güter (u.a. Rohstoffe und Energieträger) sind von der Gebühr befreit (*BET* 1999a: 77). Bei Nichtzahlung der Gebühr sind hohe Strafen vorgesehen. Fraglich bleibt, ob die Außenhandelstätigkeit tatsächlich besser überwacht und auch der Umfang illegaler Exporte reduziert werden kann.

Der im Frühling 1997 zwischen Weißrußland und Rußland geschlossene Unionsvertrag wurde Ende 1998 zunächst durch weitere bilaterale Abkommen ergänzt (DIW et al. 1999). Im Jahresverlauf 1999 wurde der Abstimmungsprozeß fortgesetzt und Mitte Oktober ein Entwurf über einen Unionsstaat vorgelegt (*Rossijskaja gazeta* vom 8. Oktober 1999). In diesem ist festgelegt, daß die beiden Staaten bei freiwilliger Abtretung von Vollmachten an die Unionsorgane (Oberster Staatsrat, Parlament, Ministerrat) ihre Souveränität behalten. Es ist vorgesehen, in Etappen ein gemeinsames Wirtschaftsgebiet zu bilden.¹⁸ Hierzu sollen Maßnahmen ergriffen werden, um die makroökonomische Lage in beiden Ländern anzugleichen. Geplant ist die Einführung einer gemeinsamen Währung und Notenbank. Das Budget des bereits existierenden, quantitativ aber bedeutungslosen Unionshaushalts, der unter Beibehaltung der beiden Staatshaushalte fortgeführt wird, soll durch jährlich vereinbarte Zuweisungen beider Länder gespeist werden und der Finanzierung gemeinsamer Projekte dienen. Gegenüber Drittstaaten soll eine gemeinsame Außenhandelspolitik betrieben werden; die Regulierung des Handels sowie die Zölle sollen vereinheitlicht werden. Des weiteren sind eine gemeinsame Preispolitik und eine Abstimmung in der Sozialpolitik geplant. Schließlich ist vorgesehen, rechtliche Regelungen anzugleichen; u.a. sollen alle Eigentumsformen in gleicher Weise geschützt werden. Ähnlich weitreichende Vorstellungen einer Integration wurden bereits in den bisher geschlossenen Abkommen formuliert, jedoch nur wenig konkrete Schritte zu ihrer Umsetzung unternommen.

IX. Zusammenfassung

Die Republik Belarus verfolgt seit Jahren eine rückwärtsgewandte Wirtschaftspolitik. Die Hoffnungen zielen darauf, durch eine wirtschaftliche Anbindung an Rußland — bis hin zur staatlichen Union — marktwirtschaftliche Reformen vermeiden zu können. Bis ins Jahr 1998 hinein hatte Rußland das Land vor allem durch verbilligte Energielieferungen und durch die Abnahme weißrussischer Waren zu günstigen Preisen über Wasser gehalten. Die russische Krise hat den weißrussischen Hoffnungen einen empfindlichen Dämpfer versetzt. In Rußland gibt es zwar offenbar politische Kräfte, die nicht abge-

¹⁸ Ausdrücklich erwähnt ist, daß die Tätigkeit ausländischer juristischer Personen bis zur Schaffung der Union auf der Grundlage der jeweils in den Staaten gültigen Gesetze geregelt wird.

neigt sind, dem weißrussischen Beispiel zu folgen. Dennoch hat die Krise gezeigt, daß die Sorge um die Republik Belarus nicht zu den ersten Prioritäten Rußlands gehört.

Die krisenhafte Entwicklung in der Republik Belarus kommt in den offiziellen Statistiken nur unvollkommen zum Ausdruck. Dennoch sind die Veränderungen dramatisch. Das Wachstum des Sozialprodukts ist praktisch fast zum Stillstand gekommen, nachdem es im Vorjahr noch gut 10 vH betragen hatte. Der private Konsum stagnierte nur noch, nachdem er im Vorjahr noch um 40 vH zugenommen hatte. Ohne die Selbstversorgung aus privatem Anbau wäre die Ernährung der Bevölkerung gefährdet. Die Investitionen insgesamt stagnierten; die Anlageinvestitionen gingen um ein Viertel zurück. Auch die Industrieproduktion verzeichnete einen deutlichen Rückgang.

Stabilisierend wirkte sich einzig der Anstieg des Außenbeitrags aus, der aber vor allem einem starken Rückgang bei den Importen zuzuschreiben ist. Bei den Exporten haben die sich zuspitzenden wirtschaftlichen Probleme eine Umorientierung erzwungen. Der Anteil der Exporte nach Rußland ist deutlich zurückgegangen. Die Exporte in den Nicht-GUS-Raum nahmen dagegen zu. Dabei ist es jedoch kaum gelungen, die erhebliche reale Abwertung des Rubels in eine verbesserte internationale Wettbewerbsfähigkeit umzumünzen. Vielmehr reflektieren die gestiegenen Exporte in den Nicht-GUS-Raum zu einem erheblichen Teil offenbar Notverkäufe im Zusammenhang mit der zunehmenden Devisenknappheit. Die Inflationsrate liegt weiterhin im dreistelligen Bereich, auch wenn sie im Vergleich zum Vorjahr unter anderem aufgrund von Preiskontrollen etwas zurückgegangen ist.

Selbstverständlich bleibt die wirtschaftliche Entwicklung der Republik Belarus stark von außenwirtschaftlichen Einflüssen vor allem aus Rußland geprägt. Die vorhandenen wirtschaftspolitischen Spielräume werden jedoch nicht genutzt. Es gibt daher keine Aussichten, daß sich Belarus aus seiner wirtschaftspolitischen Sackgasse befreit. Eine Stagnation des BIP in diesem Jahr ist wahrscheinlich (0 – 1 vH). Die Inflation wird im dreistelligen Bereich bleiben und könnte sich sogar wieder beschleunigen.

Im kommenden Jahr ist zu erwarten, daß sich die negative Entwicklung fortsetzen wird. Zwar hat sich die Lage in Rußland nach der Krise wieder stabilisiert. Aber aufgrund der bevorstehenden Präsidentschaftswahlen ist nicht davon auszugehen, daß es zu einer Aufwärtsentwicklung kommt, die kräftig genug wäre, eine wirtschaftliche Erholung in Belarus anzustoßen.

Literaturverzeichnis

- BET (Belarus Economic Trends)* (1999a). *Quarterly Issue* (April–June).
- (1999b). *Monthly Update* (verschiedene Ausgaben).
- DIW, IfW und IWH (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel und Institut für Wirtschaftsforschung Halle) (1994). Die wirtschaftliche Lage Weißrußlands: Krisenbewältigung durch Flucht in die Rubelzone? Kieler Diskussionsbeiträge 234. Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Erschienen auch im *Wochenbericht* 61 (25): 413–432 des DIW und als Forschungsreihe 4/1994 des IWH.
- (1998). Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus: Verordnetes Wachstum endet in Währungskrise. Kieler Diskussionsbeiträge 314. Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Erschienen auch im *Wochenbericht* 65 (17): 279–291 des DIW und als Forschungsreihe 3/1998 des IWH.
- (1999). Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus: Verfall wird offenkundig. Kieler Diskussionsbeiträge 339. Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Erschienen auch im *Wochenbericht* 66 (18): 327–340 des DIW und als Forschungsreihe 3/1999 des IWH.
- IMF (International Monetary Fund) (1999). Republic of Belarus — Recent Economic Developments. IMF Staff Country Report. Washington, D.C.
- Minstat (Ministerstvo statistiki i analiza Respubliki Belarus') (1996). *Statističeskij bjulleten'* 2 (12).
- (1997a). *Respublika Belarus' v cifrach*. Minsk.
- (1997b). *Statističeskij bjulleten'* 3 (6).
- (1997c). *Statističeskij bjulleten'* 3 (7).
- (1997d). *Statističeskij bjulleten'* 3 (12).
- (1998a). *O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus'. Janvar'–ijul'*. Minsk.
- (1998b). *Statističeskij bjulleten'* 4 (12).
- (1999). *O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus'. Janvar'–avgust*. Minsk.
- Nacional'nom reestre pravovych aktov Respubliki Belarus'* (1999). Postanovlenie Soveta Ministrov Respubliki Belarus' N 458 ot 31.03.99 g.: „Ob utverždenii prožitočnogo minimuma v srednem na dušu naselenija i dlja osnovnych social'no-demografičeskich grupp i Položenija po rasčetu bjudžeta prožitočnogo minimuma“. Nr. 5/571 vom 14. April.
- NEG* (1999a). O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' v janvare 1999 g. *Nacional'naja ekonomičeskaja gazeta*, Beilage *Informbank* (8).
- (1999b). O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus' janvar'–ijun' 1999 g. *Nacional'naja ekonomičeskaja gazeta*, Beilage *Informbank* (12).
- (1999c). Postanovlenie Soveta Ministrov Respubliki Belarus' N 567 ot 21.04.99 g.: „O razmere minimal'noj zarabotnoj platy i tarifnoj stavki pervogo razrjada“. *Nacional'naja ekonomičeskaja gazeta*, Beilage *Informbank* (17).
- (1999d). Zakon Respubliki Belarus' „O prožitočnom minimume v Respubliki Belarus'“, Prinjat Palatoj predstavitelej 15 dekabnja 1998 g., Odobren Sovetom Respubliki 19 dekabnja 1998 g. *Nacional'naja ekonomičeskaja gazeta*, Beilage *Informbank* (5): 2.
- OECD (1997). *Labour Force Statistics*. Paris.
- RECEP (Russian European Centre for Economic Policy) (1999). *Russian Economic Trends. Monthly Update* (verschiedene Ausgaben).

- Sobranie dekretov, ukazov i postanovlenij pravitel'stva Respubliki Belarus'* (1999a). Ukaz Prezidenta Respubliki Belarus': „O nekotorych merach po stabilizacii cen (tarifov) Respubliki Belarus'“. Nr. 15: 43–52.
- (1999b). Postanovlenie Soveta Ministrov Respubliki Belarus': „Ob utverzhenii perečnej social'no značimych tovarov (rabot, uslug) i lekarstvennyh sredstv, ceny (tarify) na katorye regulirujutsja Ministerstvom ekonomiki, oblisnolkomami i Minskim gorispolkomom.“ Nr. 18: 100–103.
- (1999c). Postanovlenie Soveta Ministrov Respubliki Belarus': „O soveršenstvovanii netarifnogo regulirovanija vnešnej trgovli v Respublike Belarus'“. Nr. 18: 113–132.
- Vedomosti nacional'nogo Sobranija Respubliki Belarus'* (1999). Zakon Respubliki Belarus': „O cenoobrazovanii“. Nr. 19/20: 114–124.